

Jugendparlament 2009

Schüler kritisch und kompromissbereit



Für ein fitteres Sachsen-Anhalt

Mehr Demokratie für das Volk



„Benimmkunde“ als neues Unterrichtsfach?

Jugendparlament

Jugendparlament

14. Dezember 2009



Dokumentation des Jugendparlaments 2009

Zum zehnten Mal tagte am 14. Dezember 2009 im Landtag das Jugendparlament. Einen Tag lang hatten 85 Schülerinnen und Schüler aus drei Sekundarschulen Sachsen-Anhalts die Gelegenheit, in die Rolle einer Politikerin oder eines Politikers zu schlüpfen und im Parlament über selbst gewählte Themen zu beraten.

Ich bin sicher, dass die im Landtag gesammelten Erfahrungen den jungen Menschen neue Einblicke auf die politische Arbeit eröffnet haben. Das Werben für die eigenen Ziele, das Finden und Aushandeln von Kompromissen, das alles gehört zum parlamentarischen Alltag, bleibt vielen Außenstehenden jedoch oftmals verborgen.

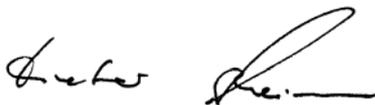
Dabei erlebe ich es bei meinen Schulbesuchen und vielen Begegnungen im Land immer wieder: Jugendliche sind nicht Politikverdrossen. Wer dies behauptet, kennt Jugendliche und ihre Probleme nicht. Jugendliche interessieren sich für politische Entscheidungen, die sie betreffen und diskutieren auch darüber. Wir müssen uns aber alle ein Stück weit auf die eigenen Erfahrungswelten der Jugendlichen einlassen und Themen ernst nehmen.

Das Jugendparlament ist eine notwendige und sinnvolle Einrichtung, um den Jugendlichen in Sachsen-Anhalt parlamentarische Abläufe näher zu bringen. Die Demokratie muss sich tagtäglich bewähren, demokratische Verhaltensweisen müssen schon im Kindes- und Jugendalter persönlich erfahren werden. Das Jugendparlament bietet Schülerinnen und Schülern beste Voraussetzungen dafür.

Wir alle können uns nur wünschen, dass sich junge Menschen dauerhaft in der Gesellschaft einbringen und Verantwortung übernehmen - in den Jugendorganisationen der Parteien, den Kirchen, den Gewerkschaften, den Vereinen oder einfach nur in den Schülervertretungen. Uns Ältere sehe ich in der Pflicht, ihnen die Chance zu geben und offen zu sein für neue Ideen.

Die Demokratie, das sind wir alle! Suchen wir das Gespräch und tauschen wir uns über unsere Positionen aus. Aber bewahren wir immer den Respekt vor den Anderen und achten wir politische Ansichten auch dann, wenn wir sie nicht teilen.

Ihr



Dieter Steinecke
Präsident des Landtages
von Sachsen-Anhalt

Inhaltsübersicht

Teilnehmer

Geschäftsordnung

Sitzplan

Tagesordnung

Anträge

Stenografischer Bericht

Presse

Teilnehmer

Vorbereitungsworkshop am 26. Oktober 2009
Jugendparlament am 14. Dezember 2009

Schulen

Sekundarschule Bad Schmiedeberg

Torgauer Straße 32, 06905 Bad Schmiedeberg

Sandro Gedenk	Ralf Sprung
Markus Girke	Kevin Waldera
Daniel Howon	Francis Conrad
Tommy Kirschke	Patricia Heede
Robert Limmer	Jessica Hille
Dominik Linke	Michelle In der Au
Thommy Maierhofer	Isabell Maye
Daniel Müller	Carolin Niemann
Tino Reinhold	Cindy Thormann
Hagen Schiefer	Christiane Uhlig
Philipp Schuckelt	Melanie Wöhle
Florian Schulze	Sarah Wutschke

IGS „Regine Hildebrandt“ Magdeburg

Pablo-Neruda Straße 10, 39126 Magdeburg

Franz Oertel	Josephine Hänelt
Felix Robra	Fitore Kelmedi
Luis Schneider	Kristin Kloß
Marvin Schardt	Denis Fiedler
Maria Marmulla	Malte Brüggemann
Marie-Luise Schmidt	Sebastian Jeramias
Shanel Gouveia	Anna-K. Mensing
Vinzenz Mühlbach	Pia Brietenhagen
Lutz Schulze	Lisa Stammann
Cecilia Kretschmer	Dustin Radüge
Angelique Sperling	Jessica Truthmann
Michelle Kühn	Yassar Morad
Philipp Andreas	Svenja Willke
Sissy Weiner	Anna Fricke
Charly Lorenz	

Sekundarschule Möser

Thälmannstraße 9, 39291 Möser

Maria Heß
Sarah Ihlow
Gorden Jordan
Marc Kaiser
Florian Kappel
Saskia Köppe
Cindy Lindner
Costas Mangiras
Tobias Naumann
Martin Rasch
Susan Rausch
Tobias Rausch
Christina Röhl
Denise Seib
Rico Weisheit
Chris Wermann
Sophie Westphal
Lisa Ziemann

Mareike Apelt
Christian Bertram
Rico Bethge
Lisa Böhme
Florian Ebert
Michél Exner
Melanie Hapke
Anne Jedeck
Robert Küllmey
Sarah Rösner
Christoph Schneider
Dustin Schulz
Jessica Wertan
Lars Zenker

Mitglieder des Landtages

Fraktion der CDU

Eva Feußner
Markus Kurze
Dieter Steinecke

Fraktion der SPD

Matthias Graner
Madeleine-Rita Mittendorf
Corinna Reinecke
Renate Schmidt

Fraktion DIE LINKE

Birke Bull
Dr. Detlef Eckert
Jutta Fiedler
Dr. Helga Paschke

Fraktion der FDP

Dr. Uwe Schrader

Landesregierung

Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz, Kultusminister
Prof. Dr. Angela Kolb, Ministerin der Justiz
Jens Antefuhr, Kultusministerium
Elke Fritzlar, Kultusministerium
Dr. Christiane Richter, Ministerium der Justiz
Birgit Richter, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
Annette Albrecht, Ministerium des Innern

**Geschäftsordnung
für das Jugendparlament 2009
im Landtag von Sachsen-Anhalt**

- § 1 Mitglieder des Jugendparlamentes, die derselben Schule angehören, bilden eine Fraktion.
- § 2 Anträge an das Jugendparlament können von Fraktionen und von den Mitgliedern des Jugendparlamentes eingereicht werden.
- § 3 Das Jugendparlament verhandelt öffentlich.
- § 4 Die Sitzungen des Jugendparlamentes leitet der Landtagspräsident. Der Landtagspräsident und zwei Schriftführer bilden den Sitzungsvorstand.
- § 5 Der Landtagspräsident bestimmt die Reihenfolge der Redner.
- § 6 Es gilt eine Rededauer von maximal 5 Minuten.
- § 7 Das Jugendparlament stimmt über einen Antrag grundsätzlich unmittelbar nach Schluss der Aussprache über diesen Antrag ab.
- § 8 Das Jugendparlament beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Abgestimmt wird durch das Zeigen der Stimmkarte. Nach jeder Abstimmung gibt der Landtagspräsident das Ergebnis bekannt.
- § 9 Die Anträge werden als Drucksachen des Jugendparlamentes an die Mitglieder des Jugendparlamentes sowie an die Mitglieder des Landtages und die Mitglieder der Landesregierung verteilt.
- § 10 (1) Das Jugendparlament überreicht dem Landtag und der Landesregierung die mit Mehrheit angenommenen Anträge. Eine Verteilung dieser Beschlüsse des Jugendparlamentes als Drucksache erfolgt gemäß § 9.
- § 10 (2) Enthält ein Beschluss des Jugendparlamentes eine Aufforderung an die Landesregierung, wird diese gebeten, innerhalb von acht Wochen nach seiner Ausgabe als Drucksache mitzuteilen, was sie auf den Beschluss veranlasst hat.
- § 11 Der Landtagspräsident wahrt die Ordnung des Jugendparlamentes.
- § 12 Während der Sitzung des Jugendparlamentes auftretende Zweifel über Auslegungen in Geschäftsordnungsangelegenheiten entscheidet der Landtagspräsident.

T a g e s o r d n u n g

**für die Sitzung des Jugendparlamentes im Landtag von Sachsen-Anhalt
am Montag, dem 14. Dezember 2009, 10.00 Uhr
in Magdeburg, Landtagsgebäude, Domplatz 6-9**

I. Eröffnung (10.00 Uhr bis 10.30 Uhr, Plenarsaal)

1. Begrüßung
Landtagsvizepräsidentin Dr. Helga Paschke
2. Grußwort der Landesregierung
Kultusminister Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz
3. Beschlussfassung zur Geschäfts- und Tagesordnung

II. Diskussionsforen (10.30 Uhr bis ca. 12.00 Uhr)

Forum Sport	Raum B1 07
Forum Benimmkunde	Raum A0 51
Forum Demokratie	Raum B1 05

III. Sitzungen der Fraktionen des Jugendparlamentes (12.00 Uhr bis 12.45 Uhr)

Sekundarschule Bad Schmiedeberg	Raum B1 11
IGS Magdeburg	Raum A2 41
Sekundarschule Möser	Raum B0 11

IV. Plenarberatung (13.30 Uhr bis ca. 15.30 Uhr)

1. Beratung

Wir machen Sachsen-Anhalt fitter durch mehr Sport!

Antrag der Bunten Fraktion - IGS „Regine Hildebrandt“ Magdeburg - **Drs. JP/2009/02**

Berichterstatter aus
dem Diskussionsforum: IGS Magdeburg (3‘)

Redezeit: 5‘ je Jugendparlamentsfraktion

Debattenreihenfolge: Sekundarschule Bad Schmiedeberg
Sekundarschule Möser
IGS Magdeburg

ggf. Statements der Fraktionen des Landtages und der Landesregierung (5‘)

ggf. Statements der Jugendparlamentsfraktionen

Beschlussfassung

2. Beratung

Mehr Demokratie für das Volk durch direkte Beteiligung an wichtigen politischen Entscheidungen

Antrag der Fraktion der Demokratischen Jugend-Partei - Sekundarschule
Bad Schmiedeberg - **Drs. JP/2009/03**

Berichterstatter aus
dem Diskussionsforum: Sekundarschule Bad Schmiedeberg (3‘)

Redezeit: 5‘ je Jugendparlamentsfraktion

Debattenreihenfolge: Sekundarschule Möser
IGS Magdeburg
Sekundarschule Bad Schmiedeberg

ggf. Statements der Fraktionen des Landtages und der Landesregierung (5‘)

ggf. Statements der Jugendparlamentsfraktionen

Beschlussfassung

3. Beratung

„Benimmkunde“ - ein neues Unterrichtsfach?

Antrag der Fraktion der Sekundarschule Möser - **Drs. JP/2009/04**

Berichterstatter aus
dem Diskussionsforum:

Sekundarschule Möser (3')

Redezeit:

5' je Jugendparlamentsfraktion

Debattenreihenfolge:

IGS Magdeburg
Sekundarschule Bad Schmiedeberg
Sekundarschule Möser

ggf. Statements der Fraktionen des Landtages und der Landesregierung (5')

ggf. Statements der Jugendparlamentsfraktionen

Beschlussfassung

4. Schlussbemerkungen der Vizepräsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt

Antrag

Bunte Fraktion - IGS „Regine Hildebrandt“ Magdeburg

Wir machen Sachsen-Anhalt fitter durch mehr Sport!

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, zusätzliche Sportstunden in den Stundenplan aufzunehmen und zusätzliche Gelder für Schulen und Vereine bereitzustellen.

Begründung

An unserer Schule und an vielen weiteren Schulen in Sachsen-Anhalt zeigt sich, dass die Schüler immer dicker und bequemer werden. Des Weiteren ist zu erkennen, dass sie den sportlichen Angeboten, oder deren Anforderungen nicht mehr, oder nur kaum gerecht werden. Sie ziehen es vor, stundenlang und ohne jegliche sportliche Aktivität, vor dem Computer oder dem Fernseher zu sitzen. Eine europaweite Studie zu diesem Problem hat uns in erschreckender Weise gezeigt, dass Sachsen-Anhalt prozentual gesehen einen Spitzenplatz bei Übergewichtigen einnimmt. Dagegen muss unserer Meinung nach dringend etwas getan werden.

Die Bunte Fraktion hat das Ziel, Sachsen-Anhalt und somit auch Deutschland in den nächsten Studien auf eine bessere Position zu bringen. Deswegen schlagen wir vor, mindestens zwei Sportstunden mehr pro Woche einzuführen, welche möglichst in Doppelstunden stattfinden sollten, sowie schon ab der fünften Klasse in Sportkursen zu unterrichten, welche aus Standard- und Wahlsportarten bestehen sollten, um die Attraktivität des Sportunterrichts wieder zu erhöhen.

Deshalb möchten wir die Politiker beim Wort nehmen, damit sie sich mehr um die Jugend und deren Aktivitäten kümmern. Natürlich ist Sport nur ein zusätzliches Mittel auf diesem Weg.

Luis Schneider
Fraktionsvorsitzender

Änderungsantrag

Bunte Fraktion - IGS „Regine Hildebrandt“ Magdeburg

Wir machen Sachsen-Anhalt fitter durch mehr Sport!

Antrag der Bunten Fraktion - IGS „Regine Hildebrandt“ Magdeburg
- **Drs. JP/2009/02**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, zusätzliche Mittel für sportliche Aktivitäten und Modellprojekte bereitzustellen, um der Bewegungsarmut und Übergewichtigkeit entgegenzuwirken. Es ist dabei zu prüfen, inwieweit zusätzliche Sportstunden in den Stundenplan aufgenommen werden können.

Luis Schneider
Fraktionsvorsitzender

Antrag

Fraktion der Demokratischen Jugend-Partei - Sekundarschule Bad Schmiedeberg

Mehr Demokratie für das Volk durch direkte Beteiligung an wichtigen politischen Entscheidungen

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Der Landtag wird gebeten,

I. eine Änderung der Landesverfassung zu erwägen.

Entscheidungen auf folgenden Gebieten sollen vom Volk direkt durch einen Volksentscheid beschlossen werden. Ein vorheriges Volksbegehren ist dafür nicht nötig.

a) Gesetzgebung im Bereich der Bildung

- bei Entscheidungen, die zu einer finanziellen Belastung von Eltern schulpflichtiger Kinder und Auszubildender führen, z. B. Leihgebühren für Schulbücher, Schülertransport und Schulessen,
- bei wesentlichen Umstrukturierungen der Schullandschaft, z. B. Veränderungen der Schulform, Schulschließungen im Zusammenhang mit Mindestschülerzahlen,
- bei einem Beschluss zu Grundausstattungen von Schulen, z. B. zu Sanitäranlagen, Fachkabinetten und Sportanlagen;

b) Gesetzgebung zum Kommunalrecht

- bei Entscheidungen über umfassende Reformen, die in ganz Sachsen-Anhalt durchgeführt werden und direkte Auswirkungen auf die Bürger haben, z. B. Gemeindegebietsreformen;

c) Wahlrecht zur Landtagswahl

- bei Entscheidungen über das Wahlrecht, z. B. über ein Mindestalter der Wähler von 16 Jahren.

Ein Gesetz in Form eines Volksentscheids gilt als beschlossen, wenn ihm mehr als die Hälfte der Wähler zustimmen.

Auf allen anderen Gebieten der Landesgesetzgebung gelten weiterhin die Festlegungen des vierten Abschnittes der Landesverfassung zur Gesetzgebung.

- II. die Landesregierung zu beauftragen, sich im Bundesrat für eine Änderung des Grundgesetzes einzusetzen, um Formen der unmittelbaren Bürgerbeteiligung auch auf Bundesebene einzuführen.

Begründung

Die Bevölkerung hat nur einmal alle fünf Jahre bei den Landtagswahlen die direkte Möglichkeit, Einfluss auf die Politik zu nehmen, indem sie ihre Vertreter wählt. Wir sind der Meinung, dies sind zu wenig Mitbestimmungsmöglichkeiten. Bei wichtigen Entscheidungen sollte die Stimme jedes einzelnen Bürgers zählen.

Wir möchten, dass über die oben genannten Themen in einem Volksentscheid abgestimmt wird, ohne dass dafür erst eine zeitaufwendige Volksinitiative und ein sich anschließendes Volksbegehren nötig sind. Diese zögern wichtige Entscheidungen unnötig hinaus und bedürfen eines hohen Aufwandes, der die Möglichkeiten von Bürgern oft überschreitet.

Ziel unseres Antrages ist es, dass jeder Bürger tatsächlich über bestimmte politische Sachverhalte mitentscheiden kann und somit Politikverdrossenheit verringert wird. Auf lange Sicht wäre damit auch eine Erhöhung der Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen möglich. Wir finden, die Bürger von Sachsen-Anhalt sollten durch diese Form der direkten Demokratie stärker an politischen Entscheidungen beteiligt werden.

Ralf Sprung
Fraktionsvorsitzender

Antrag

Fraktion der Sekundarschule Möser

„Benimmkunde“ – ein neues Unterrichtsfach?

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, in den Lehrplan ab dem 5. Schuljahr für die Fächer Deutsch, Ethik und Sozialkunde regelmäßig eine Stoffeinheit „Formen und Regeln des Zusammenlebens“ aufzunehmen.

Begründung

Warum sollte „Benimmkunde“ in den Unterricht eingebracht werden?

Tagtäglich betreffen uns viele Fragen zum Umgang miteinander. Obwohl die Grundlagen für das Benehmen im Alltag in den Elternhäusern gelegt werden, stellen wir fest, dass das Ergebnis immer weniger akzeptabel ist. Immer jüngere Schüler haben keine Manieren (Beispiel Essverhalten). Auf der Straße oder in öffentlichen Verkehrsmitteln ist Unfreundlichkeit und sogar Respektlosigkeit an der Tagesordnung. Das Verhalten solcher Schüler führt zu Spannungen im Klassenverband und auch im Schulalltag. Deshalb wird das Lernverhalten insgesamt schlechter. Folge dessen ist ein beeinträchtigtes Verhältnis zu den Lehrern. Da es wichtig ist, ungehindert lernen zu können, schlagen wir vor, „Formen und Regeln des Zusammenlebens“ im Lehrplan verstärkt zu berücksichtigen.

Gorden Jordan
Fraktionsvorsitzender

Änderungsantrag

Forum Benimmkunde

„Benimmkunde“ – ein neues Unterrichtsfach?

Antrag der Fraktion der Sekundarschule Möser - **Drs. JP/2009/04**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Überschrift wird wie folgt geändert:

„Benimmkunde“ - eine neue Stoffeinheit

Die Landesregierung wird gebeten, in den Lehrplan ab **dem 1. Schuljahr in allen Schulformen** für die Fächer Deutsch, Ethik und Sozialkunde und **in fächerübergreifenden Projekten** regelmäßig eine Stoffeinheit „Formen und Regeln des Zusammenlebens“ aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig



Stenografischer Bericht über die Sitzung des Jugendparlaments am Montag, dem 14. Dezember 2009, in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	1
Grußwort der Landesregierung	
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz	1
Beschlussfassung zur Geschäftsordnung und zur Tagesordnung	3
TOP 1	
Wir machen Sachsen-Anhalt fitter durch mehr Sport!	
Antrag der Fraktion der IGS „Regine Hilde- brandt“ Magdeburg - Drs. JP/2009/02	
Herr Schneider (Berichterstatter)	4
Frau Niemann	4
Frau Westphal	5
Frau Schmidt	5
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz	5
Herr Dr. Eckert (DIE LINKE)	6
Beschluss	7

TOP 2

Mehr Demokratie für das Volk durch direk- te Beteiligung an wichtigen politischen Entscheidungen

Antrag der Fraktion der Sekundarschule
Bad Schmiedeberg - **Drs. JP/2009/03**

Frau Hille (Berichterstatterin)	7
Herr Zenker	7
Frau Sperling	8
Frau Thormann	8
Ministerin Frau Prof. Dr. Kolb	9
Frau Reinecke (SPD)	10
Herr Kurze (CDU)	11
Frau Bull (DIE LINKE)	11
Herr Sprung	12

Beschluss

TOP 3

„Benimmkunde“ - ein neues Unterrichts- fach?

Antrag der Fraktion der Sekundarschule Mö-
ser - **Drs. JP/2007/04**

Frau Köppe (Berichterstatterin).....	12	Frau Fiedler (DIE LINKE)	14
Herr Mühlbach	12	Frau Feußner (CDU)	15
Herr Linke	13	Herr Andreas	16
Frau Ihlow	13		
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz	13	Beschluss	16
Herr Jordan	14		

Beginn: 10 Uhr.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Liebe Schülerinnen und Schüler! Liebe Mitglieder des Jugendparlamentes! Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Gäste! Ich eröffne das zehnte Jugendparlament des Landes Sachsen-Anhalt und heiße Sie namens des Landtages recht herzlich willkommen.

Ganz besonders begre ich die drei Fraktionen des Jugendparlamentes, die die Hauptakteure des heutigen Tages sind. Es sind Jugendliche aus drei Schulen unseres Landes, und zwar die Sekundarschule Bad Schmiedeberg - seien Sie herzlich willkommen - ,

(Beifall bei allen Fraktionen)

die Integrierte Gesamtschule Magdeburg - herzlich willkommen -

(Beifall bei allen Fraktionen)

und die Sekundarschule Moser. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die Schülerinnen und Schüler werden von ihren Lehrerinnen und Lehrern begleitet, die sich mit ihnen schon im Vorfeld inhaltlich auf den heutigen Tag vorbereitet haben. Ich begre natürlich auch die Lehrerinnen und Lehrer recht herzlich. Ferner begre ich recht herzlich auch den Landesschlererrat.

Auf der Regierungsbank dürfen heute einmal die Abgeordneten sitzen. Es sind dies - ich hoffe, dass ich die Namen jetzt schnell zusammenbekomme -: Herr Schwenke von der Fraktion der CDU, Herr Kurze von der Fraktion der CDU - Herr Kurze, zeigen Sie sich einmal richtig -, Frau Schmidt von der Fraktion der SPD, Frau Reinecke von der Fraktion der SPD, Frau Bull von der Fraktion DIE LINKE und Frau Fiedler von der Fraktion DIE LINKE. Von mir aus gesehen links haben Herr Dr. Schrader von der FDP-Fraktion und Kultusminister Professor Dr. Olbertz, den Sie später noch hören werden, Platz genommen. Seien also sowohl Sie von der Legislative als auch Sie von der Exekutive ganz herzlich gegrt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Liebe Mitglieder des Jugendparlamentes! Meine Damen und Herren! Dies ist nun bereits das zehnte Jugendparlament. Da kann man getrost von einem runden Jubiläum sprechen. Einer von Ihnen hat zwar kein rundes Jubiläum, aber doch ein sehr persönliches: Das ist Denis Fiedler, der heute 17 Jahre jung wird. Denis, kommen Sie einmal bitte nach vorn.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herzlichen Glückwunsch! Ich glaube, das können Sie gut gebrauchen: Dies ist ein USB-Stick mit einem Video über den Landtag. Wenn Sie es sich hundertmal angeschaut haben, dann können Sie auch etwas anderes darauf speichern. Alles Gute!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich kann nur sagen: Nichts ist schöner, als den Geburtstag hier im Parlament zu feiern.

Meine Damen und Herren! Auch in diesem Jahr hat der Landtag Ihnen seine Räumlichkeiten zur Verfügung ge-

stellt. Das ist nicht nur deshalb geschehen, weil es für Sie einen besonderen Rahmen geben soll, sondern einfach auch deshalb, damit die drei Fraktionen miteinander ins Gespräch kommen, mit den Abgeordneten sowie mit den Fachberaterinnen und Fachberatern und den Moderatoren ins Gespräch kommen und somit üben, wie ein echtes Parlament arbeitet.

Sie, liebe Mitglieder des Jugendparlamentes, haben sich für heute ganz besondere Themen vorgenommen. Das erste Thema lautet: „Wir machen Sachsen-Anhalt fitter durch mehr Sport!“ Das zweite Thema heißt: „Mehr Demokratie für das Volk durch direkte Beteiligung an wichtigen politischen Entscheidungen“, und das dritte: „'Benimmkunde' - ein neues Unterrichtsfach?“

Mir wird gerade ein Zettel hereingereicht: Ich soll noch Herrn Dr. Eckert begren. Seien auch Sie recht herzlich willkommen!

Meine Damen und Herren! Sie haben sich auf die heutige Veranstaltung lange vorbereitet. Sie haben eine Art Workshop durchgeführt, haben sich Themen ausgesucht, haben darüber bereits diskutiert und auch schon die eine oder andere Position dazu bezogen. Damit haben Sie bereits mit der Einübung der praktischen Demokratie begonnen. Genau das wollen Sie hier auf den Bänken der Landesparlamentarier fortsetzen. ben Sie sich anhand der drei ausgesuchten Themen in Demokratie, und Sie werden merken, dass es mitunter nicht so leicht ist, wie es manchmal aussieht. Manche Frage kann eben nicht nur mit Nein oder Ja beantwortet werden. Manchmal muss man auch einen Kompromiss suchen.

Zur Demokratie gehört es, die Argumente auszutauschen und sich die Argumente des anderen anzuhören. Man hofft auch auf einen kulturvollen Streit. Eigene Auffassungen zu korrigieren ist keine Schande, wenn man dann überzeugt ist, dass das andere Argument für das Thema eher passend ist und eventuell auch zu realisieren ist.

Damit tun Sie genau das, was erfahrene Parlamentarier auch immer tun, bevor sie Gesetze und Initiativen verabschieden. Was machen sie? - Sie hören sich verschiedene Interessengruppen an, befragen diese, nehmen Informationen und Argumentationen entgegen und innerhalb der Fraktion wird eine Position gesucht. Auf dieser Grundlage wird die Entscheidung getroffen; denn Grundsatz ist: Man muss wissen, worum es geht, und man muss auch wissen, wie es geht.

Ich meine, ein Jugendparlament ist ein hervorragender Ort, um dies zu üben. Je früher man sich engagiert, desto besser kann man sich in Demokratie üben. Wenn Sie heute hier beim zehnten Jugendparlament ein bisschen auf den Geschmack kommen und sich vielleicht da und dort in den nächsten Monaten und Jahren politisch engagieren, dann haben wir etwas erreicht, was weit über den heutigen Tag hinausgeht.

Meine Damen und Herren! Nunmehr möchte ich meine Assistentinnen und Assistenten vorstellen, die bereit waren, die Funktion der Schriftführerinnen und Schriftführer auszuüben. Bitte schön.

Jessica Wertan (Schriftführerin):

Ich heiße Jessica Wertan.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Seien Sie herzlich willkommen! Ich hoffe, dieses Parlament macht Ihnen nicht so viel Arbeit, dass Sie sagen: Das schaffe ich nicht. - Allerdings ist es dann, wenn über Anträge abgestimmt wird, sehr wichtig, dass wir die genauen Zahlen haben, damit wir wissen, ob ein Änderungsantrag angenommen ist oder ob er nicht genommen worden ist.

Auf alle Fälle kann ich schon einmal feststellen, dass das zehnte Jugendparlament beschlussfähig ist.

Verehrte Anwesende, ich erteile dem Kultusminister, Professor Dr. Olbertz, für ein Grußwort das Wort.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Das ist die Anrede, die ich hier immer verwende, und Sie schlüpfen ja den Tag über in die Rolle der Abgeordneten hinein. Dort sind die Plätze der Minister. Dort, wo Herr Schwenke sitzt, ist der Platz des Ministerpräsidenten. Dort sitzen einige Ministerkollegen.

Sie sitzen auf den Parlamentsstühlen und wollen einmal Einblick in die Art und Weise nehmen, in der die Legislative, also die gesetzgebende Gewalt in der Demokratie arbeitet. Das tut sie hier im Landtag. Manchmal sehe ich junge Leute oben in den beiden Gepäcknetzen - wie ich aus Spaß manchmal sage - in das Geschehen hineingucken. Sie wundern sich dann, dass die Abgeordneten Laptops dabei haben und auch einmal eine Zeitung lesen. Das geht gar nicht anders. Man kann nicht acht Stunden lang ununterbrochen konzentriert den Debatten folgen, vor allem dann nicht, wenn es um Themen geht, die nicht zum eigenen Arbeitsschwerpunkt gehören.

Jeder Abgeordnete hat Arbeitsschwerpunkte, arbeitet also in bestimmten Ausschüssen mit. Ein Abgeordneter zum Beispiel, der dem Verkehrsausschuss oder dem Ausschuss für Soziales angehört, interessiert sich natürlich vor allem für die Themen wie Kindergärten oder Sozialeinrichtungen und nicht unbedingt jedes Wort verfolgen, wenn es bei der Diskussion gerade um ein anderes Thema, etwa um den Eisenbahnbau oder um Verkehrswege, geht. Das heißt, ein bisschen muss hier auch Arbeitsteilung geübt werden.

Nachdem Sie nun von der Präsidentin begrüßt worden sind, darf ich Sie oder euch in Vertretung des Ministerpräsidenten ganz herzlich im Namen der Landesregierung begrüßen. Ganz besonders herzlich begrüßen möchte ich die Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Bad Schmiedeberg und der Sekundarschule Möser sowie der IGS „Regine Hildebrandt“ hier in Magdeburg. Sie sind heute nicht nur Gäste, sondern selbst Parlamentarier. Sie haben das Parlament übrigens ganz entschieden verjüngt, was den Altersdurchschnitt betrifft.

Das Jugendparlament schreibt bereits Geschichte. Es ist das elfte Mal, dass es stattfindet. Ich halte es für eine ausgesprochen gute Idee und mache auch immer wieder gerne mit, wenn ich die Zeit dazu habe.

Die Abgeordneten sind im Jahre 1990 mit viel Engagement und großen Erwartungen hier in Magdeburg für Sachsen-Anhalt an die parlamentarische Arbeit gegangen. Es gab große Erwartungen an die Politik. Viele Anfragen wurden zum Beispiel an den Petitionsausschuss gerichtet, in dem Beschwerden und offene Probleme behandelt werden. An diesen Ausschuss kann sich jeder Bürger wenden. Gerade in den neuen Ländern hat man

nach der Wende geglaubt, dass die Politik sich zwar von ihren Zielen her ändert und vermutlich auch durchsichtiger wird, dass man aber weiterhin alles mit einem Machtwort regeln könnte. Das ist heute anders geworden. Heute werden wichtige Entscheidungen untereinander in einem demokratischen Prozess ausgehandelt. Das heißt, man verhandelt so lange, bis man einen gemeinsamen Nenner gefunden hat. Man respektiert selbstverständlich Mehrheiten. Das ist auch in den Ausschüssen immer wieder zu beobachten. Es wird am Ende abgestimmt, und das, was die Mehrheit will, wird gemacht. Gleichwohl werden Minderheiten respektiert und geachtet. Man hört ihnen zu. Man gibt ihnen die Möglichkeit, Anträge zu stellen.

Ich habe es hier in diesem Parlament übrigens auch schon ein paar Mal erlebt - übrigens relativ oft bei Kulturthemen -, dass alle vier im Parlament vertretenen Parteien einem Antrag zugestimmt haben. Sonst ist es ja meist so, dass die Opposition dagegen stimmt und die regierungstragenden Fraktionen dafür stimmen. Das ist auch irgendwie logisch; denn sie haben ja die Mehrheit. Aber es gibt in Sachsen-Anhalt immer wieder Themen, bei denen sowohl die Oppositionsfraktionen als auch die die Regierung tragenden Fraktionen ein und dieselbe Meinung haben und dann richtig starke Beschlüsse fassen. Denken wir zum Beispiel an die Theaterförderung; da ist das geschehen. Das geschieht manchmal auch bei Sozialthemen, die Kindergärten betreffend. Bei Bildungsthemen gibt es zwar eine Menge Meinungsverschiedenheiten. Aber ab und zu kommt es vor, dass alle Abgeordneten ein und denselben Ansatz verfolgen.

Die Abgeordneten haben ganz ähnliche Ziele. Die Meinungen gehen fast immer auseinander, wenn es um die Wege geht, auf denen man diese Ziele am besten verwirklichen kann. Diesbezüglich gibt es die meisten Meinungsverschiedenheiten. Wir sind weniger unterschiedlicher Meinung, wenn wir zum Beispiel darüber streiten, welche Bedeutung eigentlich die Bildung für die Zukunft unseres Landes hat. Ich glaube, es gibt keinen einzigen Abgeordneten, der nicht sagt, dass sie eine sehr große Bedeutung hat. Aber wie viel Geld wir dann in die Hand nehmen, welches Schulsystem wir bevorzugen, darüber gibt es dann schon beträchtliche Meinungsunterschiede.

Dann wird ja immer erzählt, Politiker hätten Macht. Damit habe ich mich auseinandergesetzt, weil ich kein richtiger Berufspolitiker bin, sondern aus der Wissenschaft heraus gebeten worden bin, für einige Jahre Kultusminister zu sein. Da habe ich gelernt, dass Macht eigentlich etwas Wichtiges ist. Politiker, die keine Macht haben, können sich auch nicht durchsetzen. Wichtig ist aber - das wollte ich euch sagen -, dass die Macht kontrolliert wird. Sie kann einem jederzeit entzogen werden, und sie muss gerechtfertigt sein durch Leistung und Verantwortung. Dann ist Macht in der Demokratie etwas sehr Wichtiges. Auch Durchsetzungsvermögen ist erforderlich. Man muss ja auch einmal Entscheidungen treffen.

Aber die Kontrolle ist wichtig. Es muss regelmäßig hinterfragt werden, und es muss einem klar sein, dass einem die Macht jederzeit wieder entzogen werden kann, und zwar vor allem dann, wenn man sie missbraucht. Ferner muss die Macht durch Leistung und Verantwortung, also durch harte Arbeit gerechtfertigt sein.

Im Übrigen verteilt die Politik solche Mandate in der Demokratie immer nur für eine bestimmte Zeit; bei uns sind es fünf Jahre. Die Abgeordneten müssen sich der

Wiederwahl stellen. Es wird dann kritisch geprüft, ob sie genug Stimmen für ihre Politik, vor allem im Wahlkreis vor Ort, bekommen oder nicht. So läuft das eben. Auch mein Schicksal ist daran gebunden, dass ich am Ende sagen kann, ich habe hoffentlich einigermaßen ordentliche Arbeit gemacht; denn sonst wird mich anschließend niemand mehr als Kultusminister wollen. Das sind gute Spielregeln; das sind klare Spielregeln, finde ich. Sie werden hier im Parlament erprobt und täglich praktiziert.

Ich glaube, wenn man das einmal offen erklärt, dann kann man auch ein bisschen gegen Politikverdrossenheit machen. Es gibt ja viele Leute, die mit Politik nichts am Hut haben wollen. Am Allerschlimmsten ist es, wenn sie dann nicht zu den Wahlen gehen; denn die Demokratie funktioniert nur, wenn man sich an den Wahlen beteiligt.

Ich sage niemandem, wen er wählen soll. Aber Wählen ist ein Grundrecht. Für freie Wahlen sind eure Eltern vor 20 Jahren auf die Straße gegangen. Sie haben einige Risiken in Kauf genommen, damit wir frei wählen können. Wenn von diesem erstrittenen Recht heute plötzlich kein Gebrauch gemacht wird, verstehe ich das überhaupt nicht. Ich sage manchmal jungen Leuten oder Gleichaltrigen: Wenn ihr nicht wählt, dann müsst ihr auch den Schnabel halten; denn nur draußen in der Straßenbahn oder irgendwo anders herummeckern, das geht überhaupt nicht. Wer also nicht wählt, muss ganz den Schnabel halten; der muss sich eben ganz zurückziehen.

Das finde ich zwar auch noch schlimm; aber das ist wenigstens konsequent. Sich allerdings nicht beteiligen, sich nicht einbinden, selbst keine Verantwortung übernehmen, sich an den Regeln der Mitgestaltung nicht beteiligen, aber gleichzeitig den Mund aufmachen, das passt nicht zusammen; das geht überhaupt nicht. Da werde ich manchmal auch richtig zornig.

Nach dem Kommunalwahlrecht dürft ihr bei Kommunalwahlen ja schon mit 16 Jahren wählen, nach dem regulären Wahlrecht liegt das Mindestalter bei 18 Jahren. Ihr solltet unbedingt davon Gebrauch machen; denn nur dann erwirbt man auch das Recht, die Verhältnisse zu kritisieren, und erwirbt die Pflicht, daran mitzuwirken, dass sie besser werden. Dafür soll die Politik den Rahmen setzen.

Nun habt ihr ja heute oder Sie haben - - ich weiß immer nicht, ob ich euch siezen soll. Ich bin selbst Vater und sieze meine Kinder ja auch nicht. Aber ihr seid ja nicht meine Kinder. Daher bleibe ich doch einmal beim „Sie“, wie es sich im Hohen Hause gehört.

Ich freue mich über das junge, verjüngte Parlament, das sich ausgesprochen interessante Themen vorgenommen hat, unter anderem das gute Benehmen. Über das gute Benehmen werde ich eine Regierungsrede halten. Beim Sport bin ich nicht ganz so sattelfest. Daher hoffe ich, dass mir das jemand abnimmt. Ansonsten hoffe ich, dass Sie mit den in den Ausschüssen erarbeiteten Positionen heute in Rede und Gegenrede richtig schön konfrontiert werden. Ein Parlament ist ja keine Schwatzbude, sondern ein Ort, an dem man sich auseinandersetzt, das heißt unterschiedliche Meinungen aneinander misst. Ich habe es schon oft erlebt, dass ich im Parlament kritisiert worden bin.

Übrigens sind auch Zwischenrufe erlaubt - bis zu einem bestimmten Punkt; dann greift der Präsident oder die Präsidentin ein. Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn

die Zwischenrufe zu laut, unhöflich oder verletzend werden. Ansonsten wollen wir eine lebendige Debatte mit Für und Wider, mit Rede und Gegenrede. Mal muss man sich verteidigen. Ein bisschen darf man auch angreifen. Aber alles muss in gutem demokratischen Einvernehmen funktionieren. Dann macht parlamentarische Arbeit auch Spaß. Dann kommt man auch voran, und dann schafft man es, glaube ich, die Öffentlichkeit von der Ernsthaftigkeit parlamentarischer Arbeit zu überzeugen.

Ich freue mich sehr, dass Sie alle da sind. Ich wünsche uns eine spannende Diskussion mit interessanten Beschlüssen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Kultusminister, für das Grußwort. - Damit sind wir schon fast am Ende des ersten Teils im Plenarsaal. Bevor ich Sie jetzt zu den Fraktionssitzungen „entlasse“, sind noch ein paar Formalien zu klären.

Ihnen liegt die Geschäftsordnung für das Jugendparlament 2009 vor. Sie haben sich damit schon befasst. Das sind minimale Regeln, nach denen wir hier im Parlament arbeiten wollen. Gibt es dazu Anmerkungen, Anfragen? - Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir über die Geschäftsordnung ab. Wer der Geschäftsordnung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind nur wenige. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist die Geschäftsordnung bei einer Enthaltung so angenommen.

Wir stimmen jetzt über die Tagesordnung ab, das heißt darüber, wie wir im Weiteren gemeinsam verfahren werden. Gibt es Anmerkungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich auch darüber abstimmen. Wer der Tagesordnung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Tagesordnung so angenommen.

Im unmittelbaren Anschluss werden Sie sich in folgenden Räumen treffen - ich nenne jeweils nur das Stichwort -: Demokratie in B1 05, Sport in B1 07 und die Benimmkunde in A0 51. Die Räume befinden sich entweder direkt unter dem Plenarsaal oder auf der Etage. Sie haben das sicherlich schon erkundet. Wir wollen jetzt so verfahren, dass Sie anderthalb Stunden in Ihren Fraktionen diskutieren. Dann gehen Sie in eine Mittagspause. Wir treffen uns um 13.30 Uhr wieder hier, ich hoffe, mit guten Argumenten, sodass wir dann eine sehr gesellige Diskussion haben und über die Anträge abstimmen können. Viel Erfolg!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Unterbrechung: 10.25 Uhr.

Wiederbeginn: 13.30 Uhr.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr verehrte Abgeordnete! Sehr verehrter Herr Professor Dr. Olbertz! Wir steigen in die zweite Runde unseres heutigen Tages ein. Es sind nicht nur die Diskutanten der drei Fraktionen anwesend, sondern es haben sich zu den Abgeordneten, die heute Vormittag schon begrüßt wurden, weitere Abgeordnete eingefunden. Ich begrüße die Abgeordnete Frau Mitten-

dorf von der SPD-Fraktion. Die Abgeordneten werden sich an entsprechender Stelle in die Diskussion einbringen.

Ich möchte kurz etwas dazu sagen, wie wir hier verfahren. Ich werde die Anträge nacheinander aufrufen und sie, nachdem wir sie diskutiert haben, auch zur Abstimmung stellen. Zunächst erfolgt die Berichterstattung zu dem jeweiligen Antrag. Die Berichterstattung sollte drei Minuten nicht wesentlich überschreiten. Dann sind alle Fraktionen aufgerufen, sich zu dem Antrag zu äußern. Die jeweiligen Meinungsäußerungen sollen - wie Sie sicherlich gesehen haben - nach der Geschäftsordnung maximal fünf Minuten lang sein. Es besteht nach der Geschäftsordnung aber auch die Möglichkeit, nachzufragen oder kurz eine andere Position einzubringen. Ein entsprechender Beitrag sollte nicht länger als zwei Minuten sein und von den Standmikrofonen aus abgegeben werden. Dies soll dazu dienen, die Diskussion etwas lebhafter zu gestalten. Deshalb fordere ich Sie nachdrücklich dazu auf, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

Wenn alle Fraktionen ihre Diskussionsbeiträge abgegeben haben, haben die Landtagsabgeordneten bzw. die Exekutive, also Herr Professor Dr. Olbertz, die Möglichkeit, in die Diskussion einzusteigen, und dann werden wir abstimmen.

Ich möchte noch auf Folgendes hinweisen: Die junge Dame, die hier vorne sitzt und alles stenografisch aufzeichnet - das wird ja alles dokumentiert -, kennt sie alle persönlich nicht - im Unterschied zu den Landtagsabgeordneten; da weiß sie, wie sie heißen, weil sie sie kennt. Ich bitte Sie daher, wenn Sie einen Diskussionsbeitrag von hier vorn oder von den Standmikrofonen aus abgeben, Ihren Namen und Ihre Fraktion zu sagen.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Wir machen Sachsen-Anhalt fitter durch mehr Sport!

Antrag der Fraktion der IGS „Regine Hildebrandt“ Magdeburg - **Drs. JP/2009/02**

Zu diesem Antrag liegt ein Änderungsantrag der antragstellenden Fraktion vor. Sie hat also eine Präzisierung ihres Antrages vorgelegt. Da es sich um einen Änderungsantrag der antragstellenden Fraktion handelt, schlage ich Ihnen vor, dass wir diesen zur Grundlage der nun folgenden Diskussion machen.

Berichterstatter ist nach meinen Unterlagen Herr Schneider. Stimmt das? - Gut. Dann haben Sie jetzt das Wort.

Herr Schneider, Berichterstatter des Diskussionsforums 1:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Jugendparlamentarier! Ursprünglich war es das Anliegen der IGS, die Gesundheit der Schüler zu fördern, indem zwei zusätzliche Sportstunden angeboten werden. Die Stunden sollten verpflichtend sein, von den Schülern aber auch selbst gestaltet werden können.

Die Fraktion der Sekundarschule Möser fand das Anliegen des Antrages gut. Sie wandte sich jedoch gegen die Verpflichtung der Schüler zu den zusätzlichen Sportstunden. Sie war der Auffassung, dass diejenigen, die kein Interesse an sportlichen Aktivitäten haben, dieses

Interesse auch durch weitere Sportstunden nicht ausweiten werden.

Die Fraktion der Sekundarschule Bad Schmiedeberg brachte zum Ausdruck, dass zwei Unterrichtsstunden mehr Sport pro Woche allein die Gesundheit der Schüler nicht fördern würden. Wenn das Ziel eines verbesserten Gesundheitszustandes der Schüler erreicht werden solle, müsste unbedingt auch auf eine gesunde Ernährung bzw. eine gesunde Lebensweise zu Hause und außerhalb der Schule geachtet werden.

Die Fraktion der IGS hat daraufhin um eine Beratungspause gebeten, in der sie den Ursprungsantrag verändert hat. Dieser Antrag müsste Ihnen allen vorliegen. Für den Fall, dass das nicht so ist, lese ich ihn kurz vor:

„Die Landesregierung wird gebeten, zusätzliche Mittel für sportliche Aktivitäten und Modellprojekte bereitzustellen, um der Bewegungsarmut und Übergewichtigkeit entgegenzuwirken. Es ist dabei zu prüfen, inwieweit zusätzliche Sportstunden in den Stundenplan aufgenommen werden können.“

Dieser Antrag wurde im Diskussionsforum bei 13 : 14 : 2 Stimmen abgelehnt. Allerdings hat sich die Fraktion der IGS entschlossen, den Antrag im Plenum trotzdem noch einmal vorzulegen und ihn zur Abstimmung stellen zu lassen. - Danke schön.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Schneider, für die Berichterstattung. - Bevor wir in die Fünfminutendebatte eintreten, freue ich mich, die Ministerin der Justiz, Frau Professor Dr. Kolb, bei uns begrüßen zu können. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Als erste Debattenrednerin rufe ich Carolin Niemann von der Sekundarschule Bad Schmiedeberg auf. Bitte sehr!

Frau Niemann (Sekundarschule Bad Schmiedeberg):

Mein Name ist Carolin Niemann. Ich vertrete die Demokratische Jugendpartei der Sekundarschule Bad Schmiedeberg. Ich spreche zu dem Antrag der Bunten Fraktion, IGS „Regine Hildebrandt“, Magdeburg, zum Thema: Wir machen Sachsen-Anhalt fitter durch mehr Sport!

In dem Antrag wird die Landesregierung gebeten, zusätzliche Sportstunden in den Stundenplan aufzunehmen und zusätzliche Gelder für Schulen und Vereine bereitzustellen. Wir haben uns in unserer Fraktion mit diesem Thema gründlich auseinandergesetzt, haben Pro- und Kontraüberlegungen angestellt und sind zu folgenden Ergebnissen gekommen.

Wir finden es gut, Sportgeschichte mit in den Unterricht aufzunehmen. Auf diese Weise kann man auch einmal erfahren, wie frühere Generationen Sport getrieben haben und welche Sportarten sie beschäftigt haben. Damit nimmt man aber nicht das Problem des Übergewichts in Angriff. Das kann nur durch Aktivität, das heißt körperliche Anstrengung erfolgen.

Gegen den Antrag spricht unserer Meinung nach allerdings die unzureichende Ausstattung der Turnhallen. Duschen sind in vielen Turnhallen nicht vorhanden. Zu bedenken ist auch, dass durch zusätzliche Sportstunden die Freizeit der Kinder und Jugendlichen geringer ist.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Umsetzung des Antrages mit hohen finanziellen Aufwendungen des Landes Sachsen-Anhalt verbunden ist. Es würde also eine Mehrbelastung auf das Land zukommen.

Wir lehnen den Antrag ab. Wir können ihm nicht zustimmen, weil wir in diesem Vorschlag keine grundsätzliche Veränderung sehen. Das ist unsere Position zum Antrag der Bunten Fraktion, IGS „Regine Hildebrandt“ aus Magdeburg.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Abgeordnete Niemann. - Ich rufe Sophie Westphal von der Sekundarschule Möser auf.

Frau Westphal (Sekundarschule Möser):

Ich bin Sophie von der Sekundarschule Möser. Wir sind gegen den Antrag der Bunten Fraktion. Wir sind der Meinung, dass der Schultag ohnehin schon sehr lange dauert. Bei uns starten die Schüler gegen 7 Uhr, um zur Schule zu kommen, und sie befinden sich erst gegen 16 Uhr auf dem Heimweg. Würden wir zusätzliche Stunden einbauen, würden die Schüler noch später nach Hause kommen, und sie hätten keine Freizeit mehr. Die Schüler hätten dann nicht mehr ausreichend Zeit für ihre Hausaufgaben und könnten auch nicht mehr sportlich aktiv sein.

Wir sind der Meinung, dass diejenigen, die keine Lust haben, Sport zu treiben, auch in zwei weiteren Stunden nicht dazu motiviert werden können; denn wer nicht will, der findet auch Wege, um es nicht machen zu müssen. Es werden dann immer mehr Schüler anfangen, die Stunden zu schwänzen.

Die Problematik liegt nicht nur darin, dass die Schüler nicht aktiv sein wollen, sondern auch in der Ernährung. Immer mehr Schüler finden Fast Food attraktiver als Obst oder Ähnliches und fangen an, sich ungesund zu ernähren.

Diejenigen, denen Sport von den Eltern schon früh nahegelegt wird, treiben im Leben mehr Sport als diejenigen, denen es erst in der Schule hineingeprescht wird. Man kann es nicht erzwingen, wenn jemand es nicht möchte. Die Veränderung muss im Kopf anfangen, und es sollte nicht von außen hineingezwängt werden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Sophie Westphal. - Für die IGS Magdeburg spricht nun Marie-Luise Schmidt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Sie bekommt schon vorher Applaus. Das ist auch etwas wert. - Bevor Sie anfangen zu reden, möchte ich noch die Abgeordnete Frau Feußner von der CDU-Fraktion recht herzlich im Jugendparlament begrüßen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dann haben Sie jetzt das Wort.

Frau Schmidt (IGS „Regine Hildebrandt“, Magdeburg):

Ich heiße Marie-Luise Schmidt und komme von der IGS „Regine Hildebrandt“.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wie Sie bereits festgestellt haben, haben wir unseren Ursprungsantrag geändert. Es liegt dazu ein Änderungsantrag vor. Wir haben die positiven Ideen anderer Jugendparlamentarier aufgenommen und sind von dem totalen Zwang nach zwei Zusatzsportstunden abgerückt. Wir gehen davon aus, dass wir alle dafür sind, Sachsen-Anhalt fitter zu machen, dies vor allem durch Sport und auf vielfältigen attraktiven Wegen.

Außerdem liegt uns die Teamfähigkeit, die man beim Sport erlernt, am Herzen. Wir stellen uns vor, dass Kampagnen und Projekte erste positive Erfahrungen bringen können. Fit heißt für uns nicht nur, eine sportliche Figur zu machen, sondern leistungsfähig und ausdauernd zu sein, zum Beispiel bei der Bewältigung von Physik- und Matheaufgaben.

Ich hoffe, dass Ihnen unsere Gesundheit am Herzen liegt und Sie mit uns auf verschiedenen Wegen versuchen, fitter zu werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr. - Damit ist die Debatte der Fraktionen beendet. Ich frage, ob die Landesregierung sprechen möchte. - Bitte sehr, Herr Professor Dr. Olbertz. Danach haben die Abgeordneten die Möglichkeit zu sprechen; sie haben immer das letzte Wort.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Frau Präsidentin, es verhält sich tatsächlich so; denn die Abgeordneten sind die Legislative, und die Exekutive muss machen, was diese sagt. Nebenbei bemerkt: Das tut sie aber nicht immer.

Ich habe mit großem Interesse beobachtet, dass wir durch das Jugendparlament eine Parlamentskultur haben, die ungewöhnlich ist; denn gab es von der antragstellenden Fraktion immer auch Applaus für diejenigen, die den Antrag nicht unterstützen. Das finde ich ausgesprochen schön. Außerdem hat die antragstellende Fraktion, die Bunte Fraktion, angesichts der Diskussion ihren eigenen Antrag einer Änderung unterzogen. Das sind alles Anregungen, die sich auch die - ich sage einmal - „richtigen“ Parlamentarier durchaus einmal durch den Kopf gehen lassen könnten; denn es dahinter steht offensichtlich die Idee, eine ausgleichende, gute Lösung zu finden, hinter die sich am Ende alle stellen können.

Nun wissen wir einerseits alle, wie wichtig es ist, Sport zu treiben. Übrigens laufe ich abends. Als ich eben mit meiner Mitarbeiterin die Treppen hinaufgegangen bin, hat sie es nicht geschafft, mir zu folgen, weil ich - sportlich, wie ich bin - immer zwei Stufen genommen habe.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Sie sind auch größer.

(Heiterkeit)

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Frau Präsidentin, ist Ihre Rolle nicht neutral?

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Das war eine ganz neutrale Feststellung.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Kurzum: Es ist nicht gut, Übergewicht zu haben. Es ist eine Frage der Gesunderhaltung. Es ist eine Frage auch der Kräfte, die man jeden Tag aktivieren muss, um beispielsweise in der Schule und bei den anderen Dingen, die man sich vornimmt, erfolgreich zu sein. Es ist wirklich wichtig, sich zu bewegen.

Ich der Zeitung las ich neulich die schöne Überschrift: „Dicke Kinder nehmen zu“. Da hat ein Redakteur nicht aufgepasst. Natürlich nehmen sie zu, sonst wären sie nicht dick geworden. Aber gemeint war die Anzahl der Kinder, die übergewichtig sind. Das sind wirklich sehr viele. Das hängt mit unserem Alltagsleben zusammen, das nicht mehr so viel freie Bewegung an frischer Luft ermöglicht, sondern uns an Computer- und Fernsehbildschirme zieht und im Übrigen auf die Schulbänke, so dass es sicherlich vernünftig ist, einen guten Ausgleich zu finden, sich zu bewegen, sich gesund zu erhalten, die eigene Konzentrationsfähigkeit daran zu schulen und insgesamt auch Freude an Bewegung zu haben.

Die Frage ist nur, ob dieses Bedürfnis ausschließlich an den schulischen Sportunterricht gebunden werden muss; denn wenn es so wäre, dass man all das nur im Sportunterricht machen kann, dann würden auch drei Stunden Sport nicht reichen; dann bräuchte man fünf oder sechs. Das heißt, die Frage, der Sie sich stellen sollten, müsste anders lauten, nämlich: Wie schaffen wir es insgesamt, mehr Sportbetonung, mehr Bewegung in unseren Alltag zu bekommen und die Sportstunden nur als Kristallisationspunkt, als Impuls, als Initialzündung sozusagen dafür zu nehmen? Dann bräuchte man nämlich nicht mehr Sportstunden, sondern dann bräuchte man ein anderes Bewusstsein für Sport und Bewegung, und man bräuchte einfach einen Zeitrahmen, in dem man sich auch außerschulisch sportlich betätigt und selber dieses Bedürfnis entwickelt; denn es ist schon richtig, was die anderen Fraktionen gesagt haben: Der schulische Alltag ist befrachtet genug. Alle klagen über Stofffülle und zu viele Stunden. Wenn wir jedes Fach oder jede Sache, die wir für bedeutsam halten, mit einer weiteren Unterrichtsstunde verbinden würden, dann würde die Stundentafel und der Wochenstundenplan über kurz oder lang in die Luft fliegen.

Das heißt, es ist richtig zu überlegen: Wie kann man es schaffen, jeweils bei konstantem Sportunterricht mehr aus dem Sportunterricht herauszuholen, die Fächer miteinander zu vernetzen, Dinge auch einmal draußen zu machen? - Es gibt eine ganze Reihe von Fächern, die man durchaus an der frischen Luft mit Bewegung absolvieren kann. Und: Wie kann man den Unterricht in den Pausen auflockern, durch Bewegungsspiele, durch Aktivitäten und außerunterrichtliche Initiativen, wie etwa Sportarbeitsgemeinschaften, Förderangebote und vieles mehr?

Ich möchte gern auf den außerunterrichtlichen Schulsport als Brücke zwischen Sportunterricht und außerschulischem Sport aufmerksam machen. Das ist zwar freiwillig; er findet zum Beispiel in Form von Sportarbeitsgemeinschaften statt. Aber sehr viele junge Leute und Kinder machen da mit. Jährlich werden rund 1 800 bis 1 900 Sport-AGs über die Förderrichtlinie „Sport in Schule und Verein“ von uns gefördert. Im Schuljahr 2009/2010 sind es sogar über 2 000 solcher Arbeitsgemeinschaften gewesen.

Wichtiger Partner dabei ist der Vereinssport. Da gibt es jede Menge Kooperationsvereinbarungen zwischen

Schulen und Sportvereinen, die die Möglichkeit bieten, sich auch über den Sportunterricht, also die zwei oder drei Stunden hinaus sportlich zu betätigen.

Deswegen ist es nach Auffassung der Landesregierung, für die ich hier rede, sinnvoll zu überlegen, wie man die sportlichen Betätigungen im außerschulischen Bereich verstärken kann, wie man Bewegung stärker in die Schule hineinbekommen kann. Es geht nicht so sehr um die Frage, den Stundenplan, die Stundentafel immer weiter auszudehnen. Da haben diejenigen recht, die sagen: Es ist schon jetzt ein ziemlich voller Wochenplan. - Also: Bewegt euch außerhalb des Sportunterrichts. Nehmt ihn als Anregung, aber fordert nicht mehr Stunden. - Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Minister. - Für die Fraktion DIE LINKE hat der Abgeordnete Herr Dr. Eckert um das Wort gebeten.

Herr Dr. Eckert (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Sie stellten den Antrag „Sachsen-Anhalt fitter machen durch Sport!“. Zu dem ersten Teil des Satzes gab es einen Konsens. Sie alle wollen Sachsen-Anhalt fitter machen. Das ist richtig. Sie haben sich aber intensiv darüber gestritten: verpflichtend oder nicht verpflichtend, in der Schule, außerhalb der Schule? Das war der Streitpunkt.

Ich möchte sagen: Eine Pflicht zur Gesundheit gibt es Gott sei Dank nicht. Aber man kann ja dafür werben, gesünder zu leben, also dafür, seinen Lebensstil so einrichten, dass man gesünder lebt. Dieses Werben wäre vielleicht wichtig; denn in den Diskussionen im Ausschuss hat einer von Ihnen - fast richtig - bemerkt: Wenn der Mensch selbst nicht will, dann kann man nichts machen. - Das ist fast richtig; denn ich glaube, viele werden dazu erzogen, nicht zu wollen. Man wird auch oft zum Nichtbewegen erzogen. Wenn der Minister sagt, „mehr Sport in den Alltag“, dann kann ich nur sagen: Richtig.

Aber auch Schule müsste einen Beitrag dazu leisten, dass im Alltag mehr Sport getrieben wird. Dazu gehört natürlich, dass es immer Spaß macht. Ich meine, man sollte darüber nachdenken, wie man den Schulunterricht so gestalten kann, dass er Spaß macht. Viele von Ihnen haben in der Diskussion gesagt: Das macht alles keinen Spaß. Das ist immer so lästig. - Das heißt, Sie haben zum Ausdruck gebracht, wenn Sport mehr Spaß machen würde, würde man vielleicht auch im Alltag mehr Sport machen, in einen Sportverein gehen.

Insofern hätte ich es schon begrüßt, wenn Sie in Ihren Antrag eine entsprechende Kampagne, eine Bewusstseinskampagne aufgenommen hätten, um so deutlich zu machen, dass man gegen Bewegungsarmut ist, und dafür zu werben, dass man gegen Bewegungsarmut etwas tun muss. Bemerkenswert fand ich - das hat auch der Minister erwähnt -, dass Sie Ihren eigenen Antrag verändert haben. Sie sind also auf die ablehnenden Fraktionen zugegangen, haben gesagt: Wenn ihr es so, wie wir es ursprünglich wollten, nicht mitträgt, wir uns aber eigentlich darin einig sind, dass wir alle fitter werden wollen, dann lasst uns doch erst einmal prüfen, welche Bedingungen notwendig sind, damit man fitter wird.

Insofern möchte ich für die Unterstützung des Änderungsantrages werben und Sie auffordern, ihm zuzustimmen; denn nach der Schule ist das Leben noch nicht zu Ende, sondern dann fängt es erst an. Wenn man in der Schule nicht gelernt hat bzw. nicht animiert oder motiviert wurde, Sport zu treiben, dann wird es schwer, es später im Leben zu verankern; denn dann hat man noch weniger Zeit. Wenn man es nicht im Lebensstil verankert hat, dann kommt man nicht mehr dazu, sich zu bewegen. Das sollten Sie bedenken. - Danke.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Wünscht noch jemand von den Abgeordneten das Wort? - Das ist nicht der Fall. Wir hatten uns auch so verständigt, dass die Abgeordneten aller Fraktionen zu jedem Antrag reden, sondern dass die Abgeordneten nur dann sprechen, wenn das Bedürfnis besteht, über die Sitzungen des Forums hinaus noch etwas zu sagen.

Wenn es keine weiteren Bemerkungen gibt, dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über dem Antrag in Drs. JP/2009/02. Wir hatten vereinbart, dass die Neufassung des Antrags der IGS „Regine Hildebrandt“, Magdeburg, Grundlage der Abstimmung ist.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die antragstellende Fraktion und einige Abgeordnete aus der Sekundarschule Möser. Wer ist dagegen? - Dann muss ich jetzt die Schriftführerinnen bitten, auszuzählen; das nicht ganz eindeutig.

Ich frage also noch einmal: Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Keine. Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt: Für den Antrag haben 38 Parlamentarier gestimmt, gegen den Antrag haben 38 Parlamentarier gestimmt. Wenn Sie die Geschäftsordnung, die Sie sich selber gegeben haben, aufmerksam gelesen haben, dann ist der Antrag bei Stimmengleichheit leider abgelehnt.

(Beifall bei einigen Abgeordneten)

Damit haben wir die Beratung des ersten Themas - schon ganz spannend - beendet.

(Zuruf: Können die Schriftführerinnen nicht mitstimmen?)

- Die können mitstimmen.

(Zuruf: Dann haben wir eine Stimme mehr!)

Die Schriftführer können, wenn es knapp wird, auch im richtigen parlamentarischen Leben mitstimmen. Das holen wir jetzt der Ordnung halber nach. - Damit sind es 40 Neinstimmen und 39 Jastimmen. Der Antrag bleibt abgelehnt.

Ich hätte es vorher auch ansagen können: Im Allgemeinen ist es im Parlament so, dass die Schriftführer oder Schriftführerinnen bei wichtigen Abstimmungen, bei denen es wirklich auf der Kippe steht, mit abstimmen; aber das tun sie nicht generell. Deshalb ist es mir jetzt unterlaufen, dass ich sie zunächst nicht zur Abstimmung aufgefordert habe.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Mehr Demokratie für das Volk durch direkte Beteiligung an wichtigen politischen Entscheidungen

Antrag der Fraktion der Sekundarschule Bad Schmiedeberg - **Drs. JP/2009/03**

Zu diesem Thema gibt es keinen Änderungsantrag. Berichterstatterin ist Jessica Hille von der Sekundarschule Bad Schmiedeberg.

Frau Hille, Berichterstatterin des Diskussionsforums 2:

Mein Name ist Jessica Hille. Ich komme von der Sekundarschule Bad Schmiedeberg.

Mit unserem Antrag „Mehr Demokratie für das Volk durch direkte Beteiligung an wichtigen politischen Entscheidungen“ verfolgen wir das Ziel, dass die Landesregierung eine Änderung der Landesverfassung erwägt, um mehr Entscheidungen vom Volk direkt durch Volksentscheide treffen zu lassen.

Die drei Schulen tauschten ihr Für und Wider zum Antrag aus. Die Fraktion der Sekundarschule Möser vertrat die Auffassung, Volksentscheide seien nicht günstig, weil die Experten im Parlament und in der Regierung sitzen. Außerdem könnten die finanziellen Konsequenzen nicht vorhergesehen werden und zu Steuererhöhungen führen.

Die Fraktion der IGS Magdeburg schloss sich der Meinung der Sekundarschule Möser an. Die Fraktion der Sekundarschule Bad Schmiedeberg bekräftigte ihre Auffassung, dem Volk mehr Mitbestimmung einzuräumen und Gesetzentwürfe durch Volksentscheide befürworten oder ablehnen zu lassen. Damit soll Politikverdrossenheit verhindert werden.

Die Diskussion zu Punkt a) „Gesetzgebung im Bereich Bildung“ verlief sehr lebendig. Die Fraktion der Sekundarschule Bad Schmiedeberg begründete und befürwortete den Wortlaut. Um jedoch eine Einigung zu erzielen, wurde im zweiten Anstrich der letzte Teilsatz einstimmig gestrichen. Der dritte Anstrich wurde bei 9 : 1 : 12 Stimmen ebenfalls gestrichen.

Zu Punkt b) „Gesetzgebung zum Kommunalrecht“ waren die Fraktionen der Meinung, dass eine Entscheidung auf Landesebene herbeigeführt werden sollte.

Zu Punkt c) „Wahlrecht zu Landtagswahlen“ gab es in unserem Diskussionsforum einen heftigen Meinungsstreit. Die Fraktion der Sekundarschule Möser und die Fraktion der IGS Magdeburg traten für ein Wahlrecht ab 18 Jahren ein. Die Fraktion der Sekundarschule Bad Schmiedeberg forderte dagegen, über das Wahlrecht bei Landtagswahlen durch einen Volksentscheid abstimmen zu lassen und dadurch das Mindestwahlalter vielleicht auf 16 Jahre zu reduzieren. Auch in Bezug auf die Landesebene sollte das Volk entscheiden, ob mit 16 oder 18 Jahren gewählt werden darf.

Im Ergebnis der Diskussion wurde der vorliegende Antrag bei 5 : 15 : 2 Stimmen abgelehnt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr für die Berichterstattung. Wir treten in die Debatte der Fraktionen ein. Für die Sekundarschule Möser spricht der Abgeordnete Lars Zenker.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Zenker (Sekundarschule Möser):

Mein Name ist Lars Zenker. Ich gehöre der Fraktion der Sekundarschule Möser an.

Wir sind gegen den Antrag der Fraktion der Demokratischen Jugendpartei Bad Schmiedeberg, der das Ziel hat, mehr Demokratie für das Volk durch direkte Beteiligung an wichtigen politischen Entscheidungen erreichen.

Begründung: Die Bevölkerung hat bei den Landtagswahlen die Möglichkeit, ihre politischen Vertreter zu wählen. Diese sind nur durch die Zusammenarbeit mit Fachleuten in der Lage, die Landesgesetzgebung zu überwachen und gegebenenfalls zu verändern. Schließlich haben die Bürger bei Wahlen ihren Vertretern das Vertrauen ausgesprochen. Wir halten die gegenwärtige Möglichkeit von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid für ausreichend.

Beispiel: Bildung. Die Gestaltung der Schullandschaft ist abhängig von der Anzahl der Kinder, die zu beschulen sind, von der Wahl ihrer Schullaufbahn, von örtlichen Gegebenheiten und vor allem von den finanziellen Mitteln, die zur Verfügung stehen. Diese Informationen sind der Bevölkerung nicht zugänglich. Somit ist ihr eine richtige Beurteilung der Sachlage nicht möglich. Sollte die Bevölkerung trotzdem entscheiden, könnten Schulden entstehen, die nur durch Steuererhöhungen abgedeckt werden könnten. Um die Schullandschaft mitzugestalten, sollten die Eltern bereits vorhandene Gegebenheiten nutzen, die Erziehung ihrer Kinder, Mitarbeit in der Vertretung der Schulleiterschaft und Ähnliches. Das wäre ein gelungener Kompromiss.

Zweites Beispiel: Wahlen ab 16. Hier hätten wir die passende Gesetzgebung. Jugendliche, die sich politisch beteiligen möchten, können dies tun. Sie sind angehalten, eigene politische Entscheidungen zu treffen. Würde das Wahlalter durch Volksentscheid bestimmt, läge die Entscheidung auch wieder bei den Erwachsenen. - Danke schön.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr. - Für die IGS Magdeburg spricht Angelique Sperling.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Frau Sperling (IGS „Regine Hildebrandt“, Magdeburg):

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Abgeordnete des Jugendparlaments und Gäste! Wir haben uns sehr intensiv mit dem Antrag „Mehr Demokratie für das Volk durch direkte Beteiligung an wichtigen politischen Entscheidungen“ auseinandergesetzt. Wir sind der Ansicht, dass der Grundgedanke keine schlechte Idee ist. Dessen Umsetzung jedoch erscheint sehr kompliziert; denn für uns war bzw. ist immer noch sehr unklar: Wie soll die Umsetzung vor allem zeitlich aussehen?

Das Grundgesetz zu ändern, erscheint uns sehr unwahrscheinlich und unrealistisch. Es bedarf vieler verschiedener Schritte und vor allem viel Zeit. Dennoch sind wir nicht gänzlich gegen das Konzept der direkten Demokratie. Wir halten den Antrag allerdings für zu hoch gegriffen und für zu breit angelegt. Es werden unserer Ansicht nach zu viele verschiedene Veränderungen beantragt.

Einig waren wir uns in dem ersten Punkt, welcher sich mit der Gesetzgebung und mehr Mitspracherecht im Be-

reich der Bildung befasst. Hier sollte - so finden auch wir - das Volk durchaus mehr Mitspracherechte haben; denn Bildung ist ein Thema, das nie an Bedeutung verlieren wird und so gut wie jeden anspricht. Dadurch halten wir diesen Punkt für umsetzbar und durchaus realistischer als die anderen.

Doch auch insoweit gibt es Kontraargumente. Finanzen, die in Schulen und Bildungsstätten gesteckt werden, kommen nicht nur von der Landes-, sondern auch von der Bundesebene. Würde Sachsen-Anhalt nun über verschiedene Dinge entscheiden und dafür auf Bundesebene Geld verlangen, könnte es zu einer ungerechten Verteilung des Geldes und somit zu Aufständen in anderen Bundesländern kommen; denn diese müssen nicht zwangsläufig mit den Entscheidungen aus Sachsen-Anhalt übereinstimmen. Dennoch ist der Grundgedanke in Bezug auf den ersten Punkt durchaus annehmbar.

Was die anderen Punkte angeht, so sprechen wir uns dagegen aus. Denn können 16-Jährige wirklich schon gewissenhaft entscheiden, wer unser Land regieren soll, und verfügen sie schon über ein solch gutes politisches Grundwissen? Wir sind der Überzeugung, dass das sehr unwahrscheinlich ist.

Auch die Forderung, ein Volksbegehren zu erlassen und sofort zu einem Volksentscheid überzugehen, sehen wir sehr kritisch. Durch diese beiden Instrumente hat das Volk bereits die Möglichkeit, seine Ziele durchzusetzen. Daher erscheint uns eine Verfassungsänderung unnötig. Es gibt einige Gründe, die dagegen sprechen. Es könnte ein Vertrauen oder Misstrauen gegenüber der Regierung provoziert werden, Parlamente oder Parteien könnten geschwächt werden. Wir sind der Ansicht, dass das Erreichen eines Ziels, das ein Volk hat, nicht an einem Volksbegehren scheitern sollte. Passiert dies doch, beweist dies doch eigentlich nur, dass das Volk nicht zu 100 % hinter dem verfolgten Ziel steht und es somit auch unnötig wäre, etwas zu ändern. Wenn die Menschen große Probleme hätten, könnten und würden sie - da sind wir uns sicher - etwas bewegen.

Nach der Diskussion waren wir uns einig, dass der Antrag unverständlich war; denn die eigentlich gute Grundidee wurde nicht klar rübergebracht. Die Fraktion der Sekundarschule Bad Schmiedeberg will mehr Demokratie durch direkte Beteiligung des Volkes erreichen. Allerdings war sie nach der demokratischen Abstimmung über ihren Antrag äußerst sauer über die Ablehnung. Wo ist da die Hinwendung zur Demokratie? In einem demokratischen Staat sollte man mit Ablehnung leben können; denn es ist Demokratie, wenn das Volk entscheidet, was es will und was nicht. - Danke.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Abgeordnete Sperling. - Ich muss feststellen: Bisher sind die Drähte an den Standmikrofonen noch nicht heiß geworden. Es hat von dort aus noch niemand gesprochen.

Für die Sekundarschule Bad Schmiedeberg spricht die Abgeordnete Cindy Thormann.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Frau Thormann (Sekundarschule Bad Schmiedeberg):

Mein Name ist Cindy. Ich komme aus der Sekundarschule Bad Schmiedeberg.

Die Fraktion der Demokratischen Partei der Sekundarschule Bad Schmiedeberg beantragt, mehr Demokratie für das Volk durch direkte Beteiligung an wichtigen politischen Entscheidungen herzustellen. Der Landtag wird gebeten, eine Änderung der Landesverfassung zu erwägen, damit Entscheidungen auf folgenden Gebieten vom Volk direkt durch einen Volksentscheid getroffen werden. Ein vorrangiges Volksbegehren ist dabei nicht nötig.

Das erste Gebiet ist die Gesetzgebung im Bereich der Bildung, zum Beispiel bei Entscheidungen, die zu finanziellen Belastungen von Eltern schulpflichtiger Kinder und Auszubildenden führen. Dazu gehören Leihgebühren für Schulbücher, Schülertransport und Schulessen. Über wesentliche Umstrukturierungen der Schullandschaft, zum Beispiel über die Veränderung der Schulform, sollte ebenfalls die Bevölkerung per Volksentscheid abstimmen.

Als Zweites wollen wir einen Volksentscheid bei der Gesetzgebung zum Kommunalrecht, und zwar dann, wenn Entscheidungen über umfassende Reformen getroffen werden, die in ganz Sachsen-Anhalt durchgeführt werden und direkte Auswirkungen auf die Bürger haben. Die Gemeindegebietsreform ist ein Beispiel dafür.

Das Wahlrecht zur Landtagswahl ist der dritte Bereich für den Volksentscheid auf Landesebene. Wir halten es für sinnvoll, Volksentscheide bei Entscheidungen über das Wahlrecht, zum Beispiel über das Wahlmindestalter von 16 Jahren, durchzuführen.

Wir haben im Diskussionsforum gemerkt, dass es dazu sehr unterschiedliche Meinungen gibt. Gerade deshalb halten wir es für wichtig, dass die Bevölkerung darüber entscheidet. Ein Gesetz in Form eines Volksentscheids gilt als beschlossen, wenn ihm mehr als die Hälfte der Wähler zustimmt.

Auf allen anderen Gebieten der Landesgesetzgebung gelten weiterhin die Festlegungen des vierten Abschnitts der Landesverfassung zur Gesetzgebung. Wir wollen also nicht Volksinitiative und Volksbegehren ersetzen, aber eine weitere Möglichkeit dafür schaffen, dass das Volk über Gesetzentwürfe des Landtages zu den genannten Gebieten abstimmt.

Außerdem wird der Landtag gebeten, die Landesregierung zu beauftragen, im Bundesrat eine Gesetzesinitiative einzubringen, um Formen unmittelbarer Bürgerbeteiligung auch auf Bundesebene einzuführen.

Wir bitten, das Abstimmungsverhalten zu überdenken und dem Antrag die Zustimmung zu geben, damit die Demokratie durch Volksentscheide gestärkt wird und junge Menschen wieder mehr Interesse an Politik entwickeln können.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr. - Damit ist die Debatte der Fraktionen beendet. Wünscht seitens der Landesregierung jemand das Wort? - Frau Ministerin Professor Dr. Kolb, bitte sehr.

Frau Prof. Dr. Kolb, Ministerin der Justiz:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich muss sagen, ich habe mich über den Antrag der Sekundarschule Bad Schmiedeberg sehr gefreut. Es ist ein sehr politischer Antrag. Offensichtlich ist im Rahmen der Ausschussberatung auch deutlich

geworden, dass es unterschiedliche Meinungen nicht nur zum Grundanliegen dieses Antrages gibt, sondern auch zu den einzelnen Themen, über die nach dem vorliegenden Vorschlag in Zukunft allein durch einen Volksentscheid entschieden werden soll.

Es ist völlig richtig: Wir beklagen, dass die Demokratie von den Bürgern immer weniger wahrgenommen wird. Die Wahlbeteiligung wird immer geringer. Auf der anderen Seite sind, glaubt man den Umfragen, viele Bürgerinnen und Bürger unzufrieden mit der konkreten Politik, die die Politiker vor Ort machen. Angesichts dessen habe ich mich besonders gefreut, dass mehrere Abgeordnete, was die Vorteile der mittelbaren Demokratie angeht, das Expertenwissen der Abgeordneten in den Mittelpunkt gestellt haben.

Aus meiner Sicht gibt es weitere Vorteile der mittelbaren Demokratie. Diese sind auch darin zu sehen, dass es vor der Entscheidung der Abgeordneten einen langen, ausgewogenen Diskussionsprozess gibt. In den meisten Fällen findet vor der Verabschiedung eines Gesetzentwurfs eine Anhörung im zuständigen Ausschuss statt. Das heißt, es werden in der Regel die Meinungen der Betroffenen, die Meinungen von Wissenschaftlern in die Entscheidungsfindung einbezogen. Das sind aus meiner Sicht die klaren Vorteile eines Diskussionsprozesses im Rahmen eines parlamentarischen Verfahrens.

Ergebnis ist - das ist eine allgemein anerkannte Weisheit, auch in diesem Hohen Haus -, dass ein Gesetzentwurf den Landtag nie so verlässt, wie er ursprünglich eingebracht worden ist. Angesichts dessen finde ich es ein bisschen schade, dass die Meinungen gerade zu dem wichtigen Thema der direkten Demokratie offensichtlich nicht so gebündelt werden konnten, dass doch noch ein Änderungsantrag zustande gekommen ist.

Sie haben sich im Rahmen der Diskussion auch - das ist in den Redebeiträgen deutlich geworden - mit den Nachteilen der unmittelbaren Demokratie auseinandergesetzt. Sie trauen sich und den Bürgerinnen und Bürgern offensichtlich nicht so viel zu. Das fängt damit an, dass offensichtlich eine große Mehrheit in diesem Hause eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre ablehnt. Ich möchte daran erinnern: Bereits heute gilt nach dem Wahlrecht für die Kommunalparlamente ein Mindestwahlalter von 16 Jahren. Das heißt, auf kommunaler Ebene gibt es dieses Wahlrecht ab 16 Jahren bereits.

Ich persönlich bin der Meinung, dass Jugendliche mit 16 Jahren durchaus in der Lage sind, eine ausgewogene, verantwortungsvolle Wahlentscheidung zu treffen. Voraussetzung ist natürlich, dass man sich im Vorfeld informiert, mit den politischen Prozessen beschäftigt und dass man sich mit den aktuellen politischen Themen und damit natürlich auch mit den einzelnen Wahlprogrammen der Parteien, die zur konkreten Wahl antreten, auseinandersetzt.

Ich hätte mir ein bisschen mehr Mut Ihrerseits gewünscht, um die vorhandenen Möglichkeiten, sich in jungen Jahren politisch zu engagieren, auszuweiten und Ihrer Forderung, dass eine Politik gemacht wird, die auch Ihre Interessen widerspiegelt, durch eine Senkung des Wahlalters Ausdruck zu verleihen.

Offensichtlich haben gerade die Themen Sie davon abgehalten, sich stärker für eine unmittelbare Demokratie zu engagieren. Themen wie Bildung und Kommunalrecht berühren Sie natürlich alle. Das sind Themen, von denen alle Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betroffen sind.

Wenn man sich allerdings die einzelnen Punkte genau anschaut, dann stellt man fest, dass es oftmals auch um finanzielle Interessen geht. Da ist es völlig richtig, was auch die Abgeordneten hier vorgetragen haben: Das Individualinteresse, das Interesse daran, möglichst kostenfrei Bildung zu bekommen, muss immer auch gegen das Gemeinwohlinteresse abgewogen werden, sprich: Das Land kann immer nur das ausgeben, was es an Einnahmen hat. Eine weitere Verschuldung ist auch im Interesse nachwachsender Generationen nicht hinzunehmen.

Ich freue mich, dass Sie hier sehr ausgewogen Vor- und Nachteile zusammengetragen haben. Aus meiner Sicht hätte im Rahmen der Diskussion vielleicht noch stärker hervorgehoben werden können, dass die Anliegen, die sich in den drei Punkten widerspiegeln, auf der Grundlage der bestehenden Gesetze und der derzeitigen Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt durchaus verwirklicht werden können. Ich erinnere daran, dass erst im Jahre 2005 die Quoren sowohl für Volksbegehren als auch für Volksentscheide gesenkt worden sind. Damit sind die Hürden abgebaut worden. Vielleicht gibt es ja, ausgehend von dieser Diskussion, doch noch die eine oder andere Initiative, um über die Fragen, die Ihnen am Herzen liegen, auf der Grundlage der bestehenden Gesetze im Rahmen eines Bürgerbegehrens oder Bürgerentscheids unmittelbar entscheiden zu lassen.

Lassen Sie mich abschließend noch darauf hinweisen, dass wir heute zwei abgestufte Instrumente haben, nämlich zuerst das Bürgerbegehren und dann den Bürgerentscheid. Das hat auch etwas damit zu tun, dass bei vielen Themen zunächst einmal eine breite gesellschaftliche Diskussion notwendig ist, um herauszufinden, was denn eigentlich der gesellschaftliche Konsens zu einem bestimmten Thema ist, der sich dann in einer Entscheidung widerspiegeln soll. Ich würde mich freuen, wenn künftig zu einem Bürgerentscheid anstehende Themen zuvor im Rahmen einer möglichst breiten gesellschaftlichen Diskussion so diskutiert würden, dass es eine möglichst große Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gibt und dass es uns dann gelingt, einen großen, breiten Kompromiss zu finden, damit die Bürgerentscheide dann wirklich die Interessen der Mehrheit widerspiegeln. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Ministerin. Wünscht jemand von den Parlamentariern das Wort? - Frau Reinecke von der SPD-Fraktion und dann Herr Kurze.

Frau Reinecke (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich heute bewusst für das Forum zu dem Antrag „Mehr Bürokratie für das Volk durch direkte Beteiligung an wichtigen politischen Entscheidungen“ entschieden, weil dieser Antrag sehr viel vorausgesetzt hat. Man musste sich nämlich im Vorfeld mit der Demokratie und mit vielen Spielregeln beschäftigen. Man hat sich auch mit Einflussmöglichkeiten beschäftigt, die es momentan gibt. Es wurde das aktive und das passive Wahlrecht angesprochen. Sie haben die Schritte des Volksbegehrens, des Volksentscheides und auch der Volksinitiative genannt. Ich denke, all dies wurde bei der Erarbeitung dieses Antrages mit eingebunden.

Die Diskussion im Forum hat mir gut gefallen. Es wurden gewichtige Argumente von denjenigen eingebracht, die den Antrag vertreten haben. Dafür an dieser Stelle mein Kompliment! Es wurde angeführt, dass man die Bürgernähe stärken will und der Politikverdrossenheit sowie der Politikerverdrossenheit entgegenzutreten will. Es wurde auch angesprochen, dass man bei der Antragserarbeitung festgestellt hat, dass allein die Beschäftigung mit diesem Thema das politische Interesse weckt und dass dabei auch die politische Bildung eine Rolle spielt. Deshalb finde ich diesen Antrag toll und wertschätze Ihre Arbeit sehr.

Mir hat aber auch gefallen, dass man sich mit den Kontrapunkten beschäftigt hat. Es wurde angeführt, ob bei der vorgeschlagenen Vorgehensweise die Medien nicht vielleicht zu viel Einfluss hätten. Wie sieht es mit den Emotionen und mit der Interessenlage aus, die hier Einfluss haben? All die Punkte wurden sehr kritisch erörtert. Das fand ich sehr beachtlich.

Ich denke, wir haben anhand des Abstimmungsergebnisses verfolgen können, wie sorgfältig die Argumente abgewogen wurden. Vielleicht gehen Sie auch nach Hause und sagen: Diese politische Diskussion ist gar nicht so einfach. Ich hätte noch mehr Argumente anführen können, die mir erst im Nachhinein eingefallen sind. Man könnte an diesem Thema bzw. diesem Antrag weiterarbeiten. - Daher möchte ich Ihnen auch Mut machen und sagen: Bleiben Sie mit Ihrer Lehrerin im Unterricht an dem Thema dran. Es lohnt sich auf jeden Fall, das Thema Demokratie weiter zu thematisieren.

Ich möchte nicht auf alle Punkte eingehen, sondern nur einen herausgreifen. Der Vorschlag, einen Volksentscheid darüber herbeizuführen, dass das Wahlalter durch eine Änderung des Wahlrechts auf 16 Jahre gesenkt wird, war mir persönlich sehr sympathisch, zeigt mir doch allein Ihr Beispiel, dass man mit 16 Jahren schon sehr viel Verantwortung übernehmen kann. Allerdings führt das meiner Meinung nach nicht unbedingt zu einer Steigerung der Wahlbeteiligung, so sehr ich mir dies auch wünschte. Das erleben wir ja im Kommunalwahlrecht. In den vergangenen Wochen wurden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gewählt, und es ist an der einen oder anderen Stelle zu beklagen, dass gerade jugendliche Wähler von ihrem Wahlrecht nicht Gebrauch gemacht haben. Das gehört in die Diskussion natürlich auch mit hinein.

Letztendlich entwickelt sich aus diesem Schülerparlament vielleicht sogar eine Option - ob für Lars oder für Cindy, die wir hier gehört haben -, den Beruf eines Politikers anzustreben. Das würde mich persönlich sehr freuen. Ich habe festgestellt, dass das Thema Macht, also politische Macht, von Ihnen nicht negativ definiert wird. Macht kann ja durchaus positiv definiert bzw. diskutiert werden. Das habe ich bei Ihnen erlebt, und ich möchte mich für diese Arbeit bei Ihnen recht herzlich bedanken. Ich muss mit diesem Abstimmungsergebnis erst einmal zufrieden sein. Es war eine ausgesprochen gute Diskussionskultur. Allein das ist für den heutigen Tag wichtig. - Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Abgeordnete Reinecke. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Kurze.

Herr Kurze (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Parlamentarier! Auch ich möchte für meine Fraktion kurz Stellung nehmen. Ich freue mich, dass Sie als junge Parlamentarier sich mit den Themen auseinandergesetzt haben, die Gegenstand der Anträge sind. Uns Abgeordneten, die schon einige Jahre hier im Parlament sind, zeigt das, dass Sie sich mehr Gedanken machen, als wir es uns manchmal selber vorstellen können, und das freut uns natürlich.

Es ist auch interessant, dass sich verschiedene Koalitionen gebildet haben, beim Antrag zum Sport eine Koalition der Fraktionen aus Möser und Bad Schmiedeberg und jetzt, da es um den Antrag zur Demokratie geht, eine Koalition der Fraktionen aus Magdeburg und Möser. So ist das in der Demokratie. Die Demokratie ist ja nicht immer einfach. Sie ist immer von Mehrheiten abhängig. Das sehen Sie heute hier im Parlament.

Besonders freut mich natürlich als Lokalpatriot, dass Landsleute aus dem Jerichower Land da ist; auch ich komme aus dem Jerichower Land. Auch das spielt in der Parlamentsarbeit immer wieder einmal eine Rolle. Betrifft die Entscheidung, die wir hier treffen, Kollegen in den Wahlkreisen? Betrifft es sie weniger, betrifft es sie mehr? - Auch diese persönlichen Motive leiten einen manchmal bei den Abstimmungen. Aber das ist auch mehr als gerecht; denn wir sind letztlich durch die Wähler vor Ort hier hineingewählt worden. Da ist es ganz klar, dass man hier manchmal auch Entscheidungen trifft, die sich dann wahlkreis- oder landkreisbezogen auswirken, obwohl man sich, wenn man einer Fraktion hier im Parlament angehört, auch einer gewissen Fraktionsdisziplin zu unterwerfen hat; denn man geht zu Beginn einer Legislaturperiode einen Vertrag ein, durch den man sich für eine gewisse Zeit an einen Partner bindet, und an diese Regeln muss man sich letztlich halten. Regeln gibt es auch in der Demokratie. Diese sind, wie gesagt, nicht immer einfach.

Ich denke, es ist richtig, den Antrag abzulehnen; denn in der Demokratie gibt es genügend Mitbestimmungsmöglichkeiten. Wer in Geschichte gut aufgepasst hat, weiß, seit wann es die Demokratie gibt. Ich will es gleich sagen, weil wir wenig Zeit haben. Seit 1789, seit der französischen Revolution, gibt es die Einteilung in mindestens zwei Parteien. Damals, als es die Revolution gab, saßen diejenigen, die Ludwig XVI. behalten wollten, die Konservativen, die Bewahrenden, rechts neben dem König, und diejenigen, die die Revolution machen wollten, die alles radikal verändern wollten, saßen links neben ihm.

So gibt es also in der Demokratie eine Parteieneinteilung, und die Parteien, die wir haben, denke ich, bieten - auch mit ihren Nachwuchsorganisationen - gute Möglichkeiten. Ich glaube, es ist auch richtig und wichtig, dass wir als Parlamentarier für die Parteien, für die wir im Landtag sitzen, auch ein Stück weit werben. Ich würde mich freuen, wenn Sie als - im wahrsten Sinne des Wortes - Frischlinge sich auch dann, wenn Sie das Parlament hier heute verlassen haben, etwas mehr damit beschäftigen.

Ich freue mich, dass es zu diesem Abstimmungsergebnis gekommen ist, obwohl ich diejenigen, die diesen Antrag gestellt haben, darin bestärken möchte: Man muss immer für eine Sache kämpfen. Wer Macht haben will, der muss auch für Macht kämpfen. Wenn man Macht hat, dann kann man auch etwas verändern. Man braucht

in der Demokratie dafür natürlich - das unterscheidet uns von der Diktatur - immer eine Mehrheit. Eine Mehrheit findet man nur, wenn man Leute begeistern kann und wenn man kompromissfähig ist, kompromissfähig in dem Sinne, dass an den Anträgen auch etwas verändert werden kann. Die Änderungsanträge zeigen ja, dass Sie allesamt kompromissfähig sind. Das zeigt auch, dass Sie alle gute Demokraten sind. In diesem Sinne freue ich mich auf die weitere Diskussion. Ich habe eine klassische Gegenrede zu der Rede meiner Vorrednerin gehalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Die Abgeordnete Frau Bull von der Fraktion DIE LINKE hat das Wort.

Frau Bull (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch das ist typisch für dieses Parlament: Bei sehr kontroversen Themen dauern die Debatten etwas länger; dann werden die Argumente intensiv ausgetauscht.

Ich möchte gern für den Antrag werben. Zuvor will ich noch sagen: Ich fand die Diskussion in der Arbeitsgruppe und vor allem die Vorbereitung, die hier sichtbar geworden ist, ausgesprochen beeindruckend. Es ist deutlich geworden, dass Sie sich verantwortungsvoll mit dem Pro und Kontra, also nicht nur mit den Chancen, sondern auch mit den Schwierigkeiten auseinandergesetzt haben.

Grundsätzlich möchte ich namens meiner Fraktion für direkte Demokratie werben; denn - ich habe es in der Arbeitsgruppe schon gesagt - dadurch wird die Politik gezwungen, Informationen abzugeben. Sie wird daran gehindert, ein Stückchen Expertentum für sich zu entwickeln, und muss Politik transparent und öffentlich machen. Das halte ich für wichtig. Das zwingt zur direkten Auseinandersetzung um das beste Argument, und es fördert die breite Diskussion in der Gesellschaft.

Vielleicht erinnern Sie sich: Im Land Sachsen-Anhalt gab es vor einigen Jahren den ersten Volksentscheid. Er war mit sehr vielen Emotionen verbunden. Er war auch mit dem Austausch sehr vieler Argumente verbunden. Obwohl er damals nicht zum Erfolg geführt hat, hat er meiner Ansicht nach die Gesellschaft auf jeden Fall bereichert. Man kann nur lernen, Verantwortung zu übernehmen, wenn man auch entscheiden muss und dann auch für die Folgen verantwortlich ist.

Zu dem Antrag im Einzelnen. Es wird ja immer vorgetragen, durch Volksentscheide würde die Politik lahmgelegt; es dauerte zu lange, bis Gesetze verabschiedet werden könnten. Es würde permanent zu Volksentscheiden kommen. Um dem Rechnung zu tragen, ist der Antrag auf drei sehr wichtige Bereiche beschränkt, Bereiche, die im Übrigen alle bzw. sehr viele Menschen in diesem Lande betreffen. Ich kann Ihnen sagen, meine Damen und Herren: Eine Schulreform oder auch eine Gemeindegebietsreform beschäftigen ein Parlament höchstens einmal in fünf Jahren. Schon aus Gründen des Selbstschutzes machen wir das nicht öfter. Es ist also keineswegs so, dass die Gesetzgebung damit lahmgelegt würde.

Bemerkenswert ist meiner Ansicht nach, dass der Antrag eine sehr niedrige Hürde vorsieht. Nach der derzeitigen

Regelung müssen 25 % der Wahlberechtigten an einer Abstimmung teilnehmen, und dann muss auch noch die Mehrheit dafür stimmen. Der vorliegende Antrag hingegen sieht vor, dass nur das Votum derjenigen, die zur Wahl gehen, entscheidend ist. Es ist also lediglich die Mehrheit derjenigen erforderlich, die zur Wahl gehen. Das ist eine außerordentlich niedrige Hürde. Das ist auch mutig; das ist keine Frage. Wenn man aber berücksichtigt, dass zur Landtagswahl zum Beispiel auch kein bestimmtes Quorum notwendig ist, macht einen das schon etwas nachdenklich. Wenn man für eine Einzelfrage ein so hohes Quorum festlegt, wie es derzeit der Fall ist, ist das meiner Ansicht nach ein Stück weit ungerecht.

Alles in allem kann ich nur sagen, meine Damen und Herren: Keine Angst vor direkter Demokratie. Im Übrigen hat sich das Land Berlin dazu entschlossen, genau dieses Quorum für die direkte Demokratie einzuführen. Schauen wir einmal, wie es sich dort bewährt.

Ich werbe also noch einmal intensiv für diesen hochpolitischen und die Demokratie bereichernden Antrag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Wünscht noch jemand das Wort? - Jemand von der Sekundarschule Bad Schmiedeberg. Bitte schön.

Herr Sprung (Sekundarschule Bad Schmiedeberg):

Mein Name ist Ralf Sprung. Ich komme von der Fraktion der Demokratischen Jugend-Partei.

Ich finde es nicht richtig, dass die Meinungen schon vor dem Forum feststanden und dass man uns in dem Forum nicht richtig zugehört hat. Von den anderen beiden Fraktionen wurden nämlich Gegenargumente angeführt, die in dem Forum geklärt wurden. Das gilt zum Beispiel für den finanziellen Aufwand und die Finanzierung.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Das fordert natürlich Gegenrede heraus. Wer von Ihnen wünscht das Wort? - Das ist doch nicht der Fall. Gut. Dann können wir die Diskussion beenden. Oder möchten Sie noch etwas sagen?

Herr Sprung (Sekundarschule Bad Schmiedeberg):

Ich bitte darum, die Entscheidung angesichts der derzeitigen Lage noch einmal zu überdenken. - Danke.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Es wurde also noch einmal für den Antrag geworben.

Dann beenden wir die Diskussion und kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über den in der Drs. JP/2009/03 vorliegenden Antrag „Mehr Demokratie für das Volk durch direkte Beteiligung an wichtigen politischen Entscheidungen“ ab. Ich bitte vor der Abstimmung noch darum, dass die Schriftführerinnen und Schriftführer mit abstimmen, damit wir nicht zweimal zählen müssen.

Wer stimmt dem Antrag zu? - Wer ist dagegen? - Das ist die Mehrheit. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

„Benimmkunde“ - ein neues Unterrichtsfach?

Antrag der Fraktion der Sekundarschule Möser - **Drs. JP/2007/04**

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass hierzu ein im Diskussionsforum erarbeiteter Änderungsantrag vorliegt, der Grundlage der nun folgenden Diskussion ist.

Berichterstatterin ist die Parlamentarierin Saskia Köppe.

(Beifall)

Frau Köppe, Berichterstatterin des Diskussionsforums 3:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Abgeordnete des Jugendparlaments und Gäste! Mein Name ist Saskia Köppe von der Sekundarschule Möser.

In der Diskussionsrunde wurde der Antrag der Fraktion der Sekundarschule Möser geändert. Der geänderte Antrag liegt Ihnen vor:

„Das Jugendparlament wolle beschließen:

„Benimmkunde“ - eine neue Stoffeinheit

Die Landesregierung wird gebeten, in den Lehrplan ab dem 1. Schuljahr in allen Schulformen für die Fächer Deutsch, Ethik und Sozialkunde und in fächerübergreifenden Projekten regelmäßig eine Stoffeinheit ‚Formen und Regeln des Zusammenlebens‘ aufzunehmen.“

Der Änderungsantrag wurde einstimmig angenommen. Doch am Anfang der Diskussion waren einige gegen unseren Antrag. Sie stellten sich die Frage, wie die Stoffeinheit umgesetzt werden soll. Es wurden Argumente eingebracht wie etwa, dass die Schule nur die Aufgabe hat, den Lernstoff zu vermitteln. Doch dieser Auffassung waren wir nicht. - Danke.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke für die Berichterstattung. - Wir treten jetzt in die Fünfminutendebatte ein. Für die IGS Magdeburg spricht der Jugendparlamentarier Mühlbach. Bitte sehr!

Herr Mühlbach (IGS „Regine Hildebrandt, Magdeburg):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mein Name ist Vinzenz Mühlbach. Ich gehöre der Bunten Fraktion an.

Ursprünglich waren wir gegen den Antrag, da wir es nicht hinnehmen konnten, dass Benimmkunde erst ab der 5. Klasse eingeführt werden sollte. Doch nach Absprache in dem Ausschuss wurden unsere Ideen in den Antrag integriert. Benimmkunde soll nun regelmäßig ab der 1. Klasse in Deutsch, Ethik und Sozialkunde sowie in fächerübergreifenden Projekten eingeführt werden. Das ist gut; denn dabei wird gelernt, wie man sich in bestimmten Situationen verhält, zum Beispiel beim Vorstellungsgespräch oder beim Essen, und vor allem, wie man sich beim Streit beherrscht. Man lernt, andere Menschen anzuerkennen, wie man ein Vorbild für andere Menschen sein könnte und dass man auch Schwächere in die Gruppe integriert.

Dadurch, dass Benimmkunde schon in der Grundschule eingeführt wird, kann man den neuen Generationen die

Normen und Werte angewöhnen, sodass die älteren Generationen nicht mehr so viele Vorurteile gegenüber den Jungen haben.

Aus den angeführten Gründen nehmen wir den Antrag der Fraktion der Sekundarschule Möser an. - Danke.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Mühlbach. - Für die Sekundarschule Bad Schmiedeberg spricht der Abgeordnete Dominik Linke. Bitte sehr!

Herr Linke (Sekundarschule Bad Schmiedeberg):

Mein Name ist Dominik Linke. Ich vertrete die Fraktion der Demokratischen Jugend-Partei der Sekundarschule Bad Schmiedeberg.

Ich möchte unsere Position zum Antrag der Sekundarschule Möser kurz darlegen. Die Fraktion der Sekundarschule Möser stellt den Antrag, dass das Jugendparlament beschließen wolle, dass ein neues Unterrichtsfach bzw. eine Stoffeinheit ab der 1. Klasse in den Lehrplan eingebracht wird. Dabei handelt es sich um das Thema „Benimmkunde“. Die Fraktion will in den Fächern Sozialkunde, Deutsch und Ethik eine Stoffeinheit „Formen und Regeln des Zusammenlebens“ einbringen.

Die Fraktion der Sekundarschule Möser begründet das damit, dass jüngere Schüler keine Manieren haben. Unfreundlichkeit und Respektlosigkeit sind bei den Kindern und Jugendlichen an der Tagesordnung. Dieses Verhalten führt zu Spannungen im Klassenverband sowie im Schulalltag. Das Verhalten ist dadurch insgesamt schlechter. Das Verhalten zu den Lehrern sowie das Lernverhältnis werden beeinträchtigt. Deshalb fordert die Fraktion der Sekundarschule Möser, Formen und Regeln des Zusammenlebens in den Lehrplan verstärkt mit einzubauen.

Wir haben uns mit dem Thema sehr gründlich auseinandergesetzt und sind zu folgendem Ergebnis gekommen: Eltern übernehmen seit dem Kleinkindalter die Verantwortung für das Erlernen der Verhaltensregeln. Das fängt mit Guten-Tag-Sagen an und erstreckt sich auch auf das Essverhalten. Es wäre eine zusätzliche Aufnahme des Themas in den Stoffplan der jeweiligen Fächer notwendig, wodurch sich die Stundenzahl der Schüler und Lehrer erhöhen würde, bzw. eigentlich vorausgesetzter Stoff müsste gestrichen werden. Es verbleibt wenig Zeit für den eigentlichen Lehrplan, und der Stoff würde vermutlich nicht geschafft werden. Es wäre eine zusätzliche Weiterbildung der Lehrer notwendig, was wiederum zu Stundenausfall führen könnte.

Die Thematik passt nicht immer in die vorgegebenen Fächer Sozialkunde oder Deutsch. Sozialkunde wird erst ab der 7. Klasse unterrichtet. Es müsste also ein Kompromiss gefunden werden, um das eher mit einzubringen. Am Ethikunterricht nehmen ebenfalls nicht alle Schüler teil, da Religion als Zusatzfach angeboten wird. Dadurch ist eine Klassenteilung notwendig.

Wir sind einstimmig zu dem Entschluss gekommen, dass wir nicht bereit sind, dem Antrag in dieser Fassung zuzustimmen. Unsere Verbesserungsvorschläge dazu wären: Ab dem Kindergarten sollten thematisch aufsteigende Themen gelehrt werden. Altersspezifische Themen wären in den Klassenstufen 1 bis 3 das Auffrischen aller Grundmanieren und Benimmregeln im Alltag. In den

Klassenstufen 4 bis 7 sollte am niveauvollen Sprachgebrauch gearbeitet werden. In den Stufen 8 bis 10 müsste die Vorbereitung zum Eintritt in das Berufsleben erfolgen. Das betrifft Vorstellungsgespräche sowie Bewerbungsschreiben und anderes, was laut Lehrplan bereits im Deutschunterricht geschieht. Das ist unsere Position zu diesem Antrag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Linke. - Für die Sekundarschule Möser spricht Sarah Ihlow.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Frau Ihlow (Sekundarschule Möser):

Guten Tag! Mein Name ist Sarah Ihlow. Ich gehöre zur Fraktion der Sekundarschule Möser.

Wir sind der Meinung, dass unser Antrag berechtigt ist; denn das Benehmen im gesamten Alltag lässt spürbar nach. Täglich bemerken wir selber Unsicherheit und schlechtes Benehmen bei Mitschülern.

Zunächst geht es mir um das Benehmen in der Öffentlichkeit. Schon morgens im Bus stellen wir fest, dass Grundschüler schubsen, treten und schreien. In der Schule angekommen, wird man mit Böllern und Beleidigungen begrüßt. Beim Betreten des Schulgebäudes wird wiederum gedrängelt, es werden Beine gestellt, und der Treppenaufgang wird blockiert. In den Unterrichtsstunden wird das Benehmen von vielen Schülern vollkommen verdrängt. So wird zum Beispiel gegessen, es werden Briefe geschrieben, man erzählt, und der Lehrer wird öfter einmal überhört. Bei der Essenseinnahme, wo die Schüler ihren Platz verschmutzt verlassen, rülpfen sie zur Verabschiedung laut.

Ich komme zum Freizeitbereich. Nach dem Unterrichtsschluss denkt man nur noch an die Freizeit. Hausaufgaben werden von vielen nicht erledigt. Auf Tests und Klassenarbeiten bereiten sich nur wenige vor. Den Nachmittag oder Abend verbringt man mit Freunden. Nicht nur am Wochenende ist Alkohol dabei. Um Schülern zu zeigen, wie man sich in der Schule zu verhalten hat, und Regeln des Zusammenlebens intensiv zu vermitteln, ist Benimmkunde wichtig. So könnte man im Deutschunterricht, im Ethikunterricht oder auch in Sozialkunde mehr verbindliche Themen festschreiben. Nur Kurse für begabte Schüler anzubieten, halten wir für falsch. Nicht nur sie brauchen Sicherheit bei Vorstellungsgesprächen, Theaterbesuchen und in anderen Alltagssituationen. - Danke schön.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr. Wünscht seitens der Landesregierung jemand das Wort? - Bitte sehr, Herr Kultusminister, Professor Dr. Olbertz.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! „Benimmkunde“ - ein neues Unterrichtsfach? - Dass die Jugend kein Benehmen hätte, wird ja immer einmal wieder gesagt. Es gibt immer wieder neue Klagen, dass sie faul und unhöflich sei. Aber man sollte dem nicht allzu viel Glauben schenken; denn in der Geschichte der Menschheit

hat sich das bisher jede junge Generation anhören müssen - auch ich, als ich jung war; ich habe es auch nicht geglaubt.

Deshalb möchte ich Ihnen gleich zu Beginn raten, nicht alles unbesehen ernst zu nehmen. Erstens gehört es einfach dazu, dass sich die Jugend in ein paar Umgangsformen und -regeln von der jeweils älteren Generation unterscheidet. Dazu sind sie jung. Zweitens glaube ich, wissen die allermeisten Jugendlichen schon, von welchem Moment an es ernst wird und man gute Sitten und Regeln untereinander akzeptieren muss.

Wenn ich von Benehmen spreche, meine ich also gar nicht Dressur oder blindes Einhalten irgendwelcher nicht verstandenen Regeln, sondern vor allem Anstand und Umgangsformen, die das Zusammenleben von Menschen einfach ermöglichen oder wenigstens erleichtern. Wichtig ist natürlich auch, dass man weiß, mit welchen Verhaltensweisen man sich Wege öffnet und mit welchen man sich Wege verbaut. Bei einem Bewerbungsgespräch zum Beispiel empfehle ich ausdrücklich gute Manieren und Höflichkeit, vor allem aber eine gute Vorbereitung.

Gutes Benehmen ist eine Frage unserer Kultur, unserer Zivilisation. Da geht es um Symbolik. Da geht es um Rituale. Da geht es vor allem aber um Respekt voreinander und um die Fähigkeit, aufmerksam für andere zu sein. Manchmal geht es auch um Tradition, und manchmal geht es einfach nur um gute Ordnung. Wenn man sich an einer Kasse im Supermarkt nicht ordnungsgemäß anstellt, dann kann dort eigentlich gar nichts mehr funktionieren. Da ist also gutes Benehmen eine reine Ordnungsfrage, ohne die es drüber- und druntergehen würde.

Außerdem ist gutes Benehmen auch eine sehr schöne Sache, zum Beispiel zwischen Jungen und Mädchen. Ich finde es überhaupt nicht altmodisch, wenn wir Männer den Damen in den Mantel helfen. Das ist nicht altmodisch. Das ist auch nicht unfreundlich. Das ist eine Geste des Respekts, der Freundlichkeit. Das ist liebenswert. Ich glaube, die Mädchen sind auch gut beraten, sich zu freuen, wenn sie einen jungen Mann finden, der diese guten alten Regeln des guten Benehmens beherrscht und auch noch Freude daran hat.

Es gibt aber auch Benehmensregeln, die zwischen Jung und Alt sehr wichtig sind. Einem älteren Menschen seinen Platz in einem öffentlichen Verkehrsmittel anzubieten, ist keine Pflicht, und trotzdem ist es eine wichtige Regel des guten Benehmens und des Anstands.

Genauso verhält es sich mit der Rücksichtnahme gesunder Menschen kranken oder behinderten Menschen gegenüber. Auch Respekt innerhalb von Hierarchien, also Rangordnung von Betrieben, von Unternehmen und auch von Ministerien übrigens ist ein wichtiges Teil von Benehmenskultur.

Es geht um Höflichkeit. Es geht um Essmanieren. Jeder weiß, wie sehr es stört, wenn einem jemand gegenüber sitzt, der beim Essen hemmungslos schmatzt. Es stört einen irgendwie. Es ist auch ein Stück gutes Benehmen, Rücksicht auf den anderen zu nehmen, auch wenn es einem selber gar nicht ein großer Dorn im Auge ist. Hilfsbereitschaft, Rücksichtnahme, Stil und Kultur, kurzum: gutes Benehmen hängt mit der Verfeinerung unserer Umgangsformen zusammen.

Nun ist nur die Frage, wie vorhin beim Sport: Brauchen wir dafür wirklich ein eigenes Fach? - Benimmkunde,

dienstags von 11.45 Uhr bis 12.30 Uhr. Danach braucht man kein gutes Benehmen mehr und davor auch nicht. Ich glaube nicht, dass das mit einem Unterrichtsfach geht. Ich glaube aber, dass es in allen Unterrichtsfächern einzuüben ist, gut, aufmerksam und respektvoll miteinander umzugehen, und zwar sowohl untereinander als auch zwischen Lehrern und Schülern sowie Schülern und Lehrern. Ich habe nämlich auch schon manche respektlose Bemerkung von jungen Leuten Älteren, gerade Lehrern, gegenüber gehört, bei der ich gedacht habe, ich möchte nicht in der Haut des Lehrers stecken. Auch er ist aus Fleisch und Blut. Auch er kann verletzt werden, auch er kann traurig sein, wenn er so behandelt wird. Also gilt es als Regel auf beiden Seiten, denke ich.

Dann gibt es natürlich auch Fächer, innerhalb derer man das gute Benehmen durchaus besprechen kann. In Deutsch könnte man zum Beispiel üben, was korrektes Verhalten bei Vorstellungsgesprächen und Bewerbungsgesprächen ist; denn künftige Arbeitgeber bzw. Ausbildungsbetriebe achten darauf, wie ihr die Begrüßung vornehmt, wie ihr euch vorstellt, wie ihr einem Gespräch folgt, wie zuvor kommend und höflich ihr reagiert, antwortet, Fragen stellt und dergleichen mehr.

Ich könnte mir auch vorstellen, dass man in praktischen Fächern, wie der Hauswirtschaft, einmal so etwas wie Esskultur bespricht und übt, Aufgaben als Gastgeber, Begrüßungsrituale und vieles mehr.

Oder, wenn wir an die Wirtschaft denken, stellt sich die Frage: Was ist eigentlich eine angemessene Kleidung im Geschäftsleben? Man kann schlecht im Jogginganzug zu einem Bewerbungsgespräch gehen, obwohl es ja ginge, solange man nicht nackt dahingeht. Trotzdem macht man es nicht, weil man irgendwie das Gefühl hat, das verletzt das Gegenüber, das untergräbt die Situation. Das macht irgendwie den Eindruck, dass man sich des Ernstes des bevorstehenden Gesprächs nicht bewusst ist. Das hängt alles mit Kultur zusammen. Deswegen finde ich es sehr wichtig, dass ihr solche kulturellen Rituale einübt. Aber ein eigenes Unterrichtsfach braucht man dazu nicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Es gibt eine Nachfrage oder Intervention. - Bitte sehr.

Herr Jordan (Sekundarschule Möser):

Gordon Jordan aus der Sekundarschule Möser.

Wir hatten uns in dem Diskussionsforum aufgrund des Einspruchs der anderen Schule darauf geeinigt, dass es kein Unterrichtsfach sein soll, sondern eher eine Stoffeinheit, die eingebracht werden sollte.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Ich hatte ja vor Beginn der Diskussion gesagt - darauf möchte ich noch einmal hinweisen -, dass der geänderte Antrag Grundlage der Diskussion ist.

Gibt es weitere Anmerkungen? - Frau Fiedler von der Fraktion DIE LINKE. Ihr folgt Frau Feußner von der CDU-Fraktion.

Frau Fiedler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine verehrten Herren und Damen Abgeordnete! Es hat mir große Freude bereitet, von ei-

nem Antrag zu hören, der auf die Einführung einer Stoffeinheit „Benimmkunde“ zielt. Wer einen solchen Antrag einbringt, der hat offensichtlich die Hoffnung, dass aus einem solchen Unterricht Menschen hervorgehen könnten, die sich gut benehmen. Das hat ja Charme; das klingt gut. Das steht allen Leuten gut an, auch uns Erwachsenen, auch mir von der älteren Generation, auch Politikern, Lehrern; das ist schon gesagt worden.

Gutes Benehmen aber ist in meinen Augen ganz besonders Ausdruck der Einstellung zu anderen Menschen. Dass man sich dennoch über Regeln verständigen muss, wie man sich in bestimmten Situationen verhält, und dass diese erlernt werden können, steht außer Frage. Ich habe zum Beispiel von meiner Großmutter gelernt, wie man sich überall ordentlich benimmt. Es darf natürlich nicht dazu kommen, dass solche Regeln nur auswendig gelernt werden und ein aufgesetztes oder erzwungenes Verhalten zur Folge haben.

Ob nun zusätzliche Unterrichtsstunden dafür gut sind, darüber denke ich auch noch nach. Lieber wäre mir - es ist ja auch ein entsprechender Änderungsantrag eingebracht worden -, dass Sie sich über gutes Benehmen in fächerübergreifenden Projekten oder in einem Wahlpflichtkurs, in dem das auch vertieft werden könnte, unterhalten und das dort in Rollenspielen vielleicht sogar ausprobieren. Das wäre meine Variante. Das könnte durchaus im Lehrplan verankert sein, zumal der neue Lehrplan für die Sekundarschule, der in einigen Jahren in Kraft treten soll, auf die Stärkung von Basiskompetenzen zielt: Lesen, Rechnen, Sprechen und Schreiben. Gutes Benehmen ist meiner Ansicht nach auch irgendwie eine Basiskompetenz. Das ist die Grundlage für ein gutes Miteinander-Auskommen, für einen guten Umgang miteinander. In Deutsch beispielsweise zielt der Lehrplan auf Kommunikationskultur. Dazu muss man Kommunikationskompetenz haben. Das wiederum trägt zu einem vernünftigen Umgang miteinander bei.

Gleichwohl habe ich nicht so ganz die kühne Hoffnung, dass jeder, der diesen Unterricht und diese Stoffeinheit durchläuft, tatsächlich jemand ist, der einen guten Umgang mit anderen Menschen pflegt, der also wirklich Achtung vor der Würde des anderen hat; denn genauso wie es im Fach Deutsch am Ende der Schulzeit Jugendliche gibt, die das Lesen noch nicht so richtig beherrschen, oder wie aus dem Fach Mathematik nicht immer hervorragende Mathematiker hervorgehen, könnte es natürlich sein, dass aus einer Stoffeinheit „Benimmkunde“ nicht unbedingt nur Menschen hervorgehen, die sich wirklich gut benehmen können.

Ganz gewiss aber ist, dass dadurch eine Grundlage für mehr Sicherheit im Umgang miteinander geschaffen werden könnte; das steht für mich außer Frage. Wenn man mehr Sicherheit hat, dann kommt es vielleicht auch weniger zu Konflikten; denn nach meiner Erfahrung entstehen Konflikte immer dann besonders leicht, wenn Unsicherheiten vorhanden sind, wenn Unsicherheit darüber besteht, wie man sich verhalten soll.

Ich werbe also nachdrücklich für den geänderten Antrag. Es hat mir großen Spaß gemacht, an Ihrem Diskussionsforum teilzunehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Fiedler. Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Feußner.

Frau Feußner (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Teilnehmer des Jugendparlaments! Liebe Sekundarschule Möser! Ich konnte an der Diskussion leider nicht teilnehmen. Dafür aber habe ich umso aufmerksamer Ihren Debattenbeiträgen zugehört. Ich finde es bemerkenswert, dass Sie als Schülerinnen und Schüler selbst nach anderen und besseren Umgangsformen - so möchte ich den Antrag einmal deuten - streben und sich wünschen, dass man besser bzw. etwas unangestregter, vielleicht auch nicht so konfliktreich miteinander umgeht. Das kann nur Ausdruck dessen sein, dass Sie während des Unterrichts oder außerhalb des Unterrichts Erfahrungen gemacht haben, die weniger positiv sind. Deswegen ist es zu begrüßen, dass Sie sich Gedanken darüber machen, wie man zu besseren Umgangsformen kommt.

Die Grundlagen des Benehmens im Alltag werden in den Elternhäusern geschaffen. Das haben Sie ganz bewusst in den Antrag hineingeschrieben. Da sind wir uns hier alle sicherlich ein; das ist so. Schule kann nur einen kleinen Teil dazu leisten, wenn Eltern - leider gibt es diese Eltern - versagen und ihre Kinder nicht das nötige Rüstzeug mitbringen. Ich will es nicht prinzipiell ablehnen, die „Benimmkunde“ als Stoffeinheit in irgendwelchen Fächern vorzusehen - ich möchte mich nicht so konkret festlegen wie Sie; ich will vielleicht noch eine andere Variante als Anregung einbringen -, dass man solche Umgangsformen auch in der Schule lernt, dass man weiß, was denn eigentlich die normalen Regeln und Pflichten sind, nach denen man leben sollte und soll, wenn es von zu Hause nicht mitgebracht wird.

Der Umgang miteinander, die ordentlichen Umgangsformen sollten aus meiner Sicht ständig Inhalt von Schule bzw. Unterrichtsstunden sein; denn die Schule hat nicht nur einen Bildungsauftrag, sondern auch einen Erziehungsauftrag. Ich möchte das jetzt nicht auf Ihre Lehrerinnen und Lehrer abwälzen; vielmehr haben auch Sie untereinander die Pflicht, vernünftig und ordentlich miteinander umzugehen. Da kann ich einfach nur die Frage in den Raum stellen: Wie sieht es denn bei den einzelnen Schülern mit der jeweiligen Vorbildwirkung aus? - Ich glaube, da muss sich jeder - da nehme ich mich selbst auch nicht aus - an die eigene Nase fassen. Nicht immer sind wir selbst Vorbild oder kritisieren andere für ihr vielleicht nicht gerade anständiges Verhalten, das sie an den Tag legen. Das ist genau das Problem. Ich glaube, man kann an der Stelle schon sehr viel erreichen, wenn man in sich selbst geht, aber auch anderen zumindest einmal sagt, dass bestimmte Umgangsformen nicht ganz in Ordnung sind.

Respekt vor den Lehrern - das will ich hier nur als Stichwort nennen -, auch das gehört zu den normalen Regeln und Umgangsformen in einer Schule. Ich will gar nicht wissen, wie das bei Ihnen jeweils aussieht. Aber all diese Dinge bedingen sich, was die Formen und die Regeln des Zusammenlebens, vor allem den Umgang miteinander angeht.

Ich bin auch der Meinung - das ist, glaube ich, ein wesentlicher Aspekt -, dass nicht alles nur auf den eng begrenzten Raum Schule bezogen werden darf - Sie haben den Antrag auch nicht nur auf die Schule bezogen -; denn der Einfluss von außen - da möchte ich ganz speziell die Medien nennen - auf die Schülerinnen und Schüler und auch auf Erwachsene ist nicht sehr positiv. Denken wir nur einmal daran, wie viel Gewaltkonflikte - ich möchte auf die sprachlichen Umgangsformen nicht

näher eingehen - dort dargestellt werden, wie viele Ausdrücke man diesbezüglich den Medien entnehmen kann. Ich glaube, das ist nicht gut, gerade wenn es sich um Jugendsendungen handelt, die meiner Auffassung nach ebenfalls einen Bildungsauftrag haben und nicht nur belustigend wirken sollten.

Dass Sie schlechte Verhaltensweisen kritisieren, geschieht meiner Ansicht nach zu Recht. Im Hinblick darauf, dass solche Verhaltensweisen auch dazu führen, dass der Unterricht gestört wird bzw. gar nicht durchgeführt werden kann, finde ich es bemerkenswert, dass Sie sich intensiv mit dem Thema beschäftigt haben. Ich bin jedoch der Meinung, dass man sich mit dem Thema in allen Unterrichtsstunden und nicht nur in den von Ihnen vorgesehenen - Ethik, Deutsch und Sozialkunde - beschäftigen sollte. Auch der Kindergarten gehört dazu; dies sagte einer der Vorredner schon. Ein ordentlicher und vernünftiger Umgang miteinander ist in allen Lebensbereichen erforderlich. Daher appelliere ich an Sie: Gehen Sie mit sich selbst und Ihren Nachbarn, Ihren Klassenkameraden vernünftig um. Kritisieren Sie andere für Ihr schlechtes Verhalten. Dann ist schon ein großer Teil des Benimmunterrichts oder der Stoffeinheit „Benimmkunde“ erledigt. - Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Jetzt hat Herr Philipp Andreas das Wort. Bitte sehr.

Herr Andreas (IGS „Regine Hildebrandt“, Magdeburg):

Ich bin von der IGS. Ich bin der Meinung, dass das Fach „Benimmkunde“ Quatsch ist; denn wenn man im Elternhaus nicht lernt, Leute zu respektieren, dann respektiert man auch die Lehrer nicht. Wenn man die Lehrer nicht respektiert, dann bringt auch das Fach „Benimmkunde“ nichts. Ich finde also, dass das Fach Quatsch ist. Man lernt es von früh an. Es anders in die Leute hineinzubekommen, ist schwer, denke ich. - Danke.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Das war noch einmal ein Statement. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den im Forum eingebrachten Änderungsantrag zu Drs. JP/2009/04. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Es sieht so aus, als wäre eine Mehrheit dagegen. Wir zählen aber vorsichtshalber aus.

Wer stimmt für den Antrag? - Eine Minderheit hat für den Antrag gestimmt. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Damit haben wir die Tagesordnung abgearbeitet. Ich bin über das Abstimmungsergebnis insofern etwas erstaunt - es sei mir gestattet, das zu sagen -, weil aus dem Forum ein Änderungsantrag zu dem dritten Antrag vorgelegt worden ist. Wir haben jetzt, glaube ich, im Jugendparlament erstmals die Situation, dass kein Antrag eine Mehrheit gefunden hat. Damit muss man in der Politik umgehen. Wenn wir Anträge allerdings immer so bearbeiten würden, dann läge sicherlich einiges im Argen. Dennoch sind Sie - das ist auch Ausdruck dieses Abstimmungsverhaltens - sehr kritisch und auch kompromissbereit mit den Anträgen umgegangen. Sie haben

einen Tag lang ausprobiert, wie es ist, wenn man Für und Wider abwägen muss, und wie man sich auch ärgern kann, wenn die eigene Position, von der man überzeugt ist, nicht verwirklicht werden kann, weil sie keine Mehrheit findet.

Wir haben beim Jugendparlament auch wieder eines gemerkt: Es stimmt so pauschal nicht, dass Jugendliche sich für Politik überhaupt nicht interessieren. Wir hoffen, dass der eine oder die andere über den Tag hinaus noch mehr Interesse daran findet, sich noch mehr einbringt und an den Themen, zu denen die Anträge heute abgelehnt wurden, die aber sehr kritisch diskutiert wurden, weiter dranbleibt. Ich bitte Sie, auch weiterhin Toleranz und Kompromissfähigkeit untereinander zu üben. Sie haben mir die Sitzungsleitung sehr einfach gemacht, weil ich keine Ordnungsrufe verteilen musste oder Ähnliches und Sie sehr wohlwollend - Professor Dr. Olbertz hat das schon betont - mit der Meinung anderer umgegangen sind.

Es bleibt noch zu bemerken: Eigentlich ist es so, dass Sie zu angenommenen Anträgen innerhalb von acht Wochen von der Landesregierung und zum Teil auch von den Fraktionen eine Antwort bekommen, wie mit den angenommenen Anträgen weiter verfahren wird. Es sind heute keine Anträge angenommen worden. Dennoch bin ich der tiefen Überzeugung, dass sich dann, wenn die Dokumentation des Jugendparlaments vorliegt, sowohl Landesregierung als auch die Fraktionen mit den Anliegen und der Diskussion, die hier geführt worden ist, auseinandersetzen werden. Wir brauchen junge Menschen für die Demokratie; sonst würde sie im wahrsten Sinne des Wortes versteinern. Seien Sie also auch Anhänger der Demokratie.

Zum Schluss bleibt mir nur noch, Dank zu sagen, Dank vor allem Ihnen, die Sie sich so gut vorbereitet und mitdiskutiert haben. Das war toll. Da können auch die Abgeordneten einmal klatschen.

(Beifall)

Wir bedanken uns bei den Lehrerinnen und Lehrern, die Sie auf dem Weg begleitet haben und viele Inhalte hier mitgestaltet haben.

Mein Dank gilt den Abgeordneten des Landtages und den beiden Ministern, Frau Professor Dr. Kolb und Herr Professor Dr. Olbertz, die sich die Zeit genommen haben, um sich Ihre Argumente anzuhören.

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses dafür, dass das hier so reibungslos funktioniert hat. Ich bitte Sie, das lautstark zu bekunden.

(Beifall)

Denn auch Hunger zum Beispiel macht böse. Ich meine jetzt nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, sondern alle, die für das Haus hier sorgen.

Ich bedanke mich schließlich bei meinen drei Schriftführerinnen und -führern, die ungewöhnlich oft auszählen mussten; dies geschieht im Parlament nicht so häufig.

Ich wünsche Ihnen nicht nur einen guten Nachhauseweg. Ich wünsche Ihnen, dass Sie weiter am Thema dranbleiben und angenehme Ferien haben.

Ich schließe das Jugendparlament.

Schluss der Sitzung: 15.06 Uhr.



Schüler schlüpfen in die Rolle von Politikern

Marie-Luise Schmidt von der Integrierten Gesamtschule „Regine Hildebrandt“ in Magdeburg sprach gestern im Plenarsaal des Landtages während einer Sitzung des Jugendparlamentes. Dabei waren rund 90 Schüler aus Sekundarschulen in Magdeburg, Möser (Jerichower Land)

und Bad Schmiedeberg (Landkreis Wittenberg) in die Rolle von Politikern geschlüpft. Sie diskutierten untereinander und mit Landtagsabgeordneten über selbst gewählte Themen, wie das Unterrichtsfach „Benimmkunde“, Schulsport und Volksentscheide.

Foto: ZB

Sarah und 85 weitere Schüler tagten gestern im Landtag

Wenn ich Chef von Sachsen-Anhalt wäre



Sarah (16) von der Sekundarschule Möser wünscht sich Benimm-Unterricht ab der 1. Klasse



Im Landtag traf sich gestern das Jugendparlament

Von R. DAHLEM

Für Magdeburg - Sarah (16) war gestern ein ganz besonderer Tag. Denn sie durfte als Sprecherin ihrer Schule einmal den Chef von Sachsen-Anhalt spielen!

Sarah war eine von 86 Schülern aus drei Schulen in Sachsen-Anhalt, die gestern am zehnten Jugendparlament im Magdeburger Landtag teilnahmen.

Sarah: „Unse-

re Fraktion hat den Vorschlag eingebracht, das Unterrichtsfach Benimmkunde einzuführen.“

Und das sollten laut Sarah und ihren 29 mitgereisten Schülern der Klassen 10a und 10b der Sekundarschule Möser bereits ab dem ersten Schuljahr geschehen.

„Wir haben bemerkt, dass auf den Straßen und in öffentlichen Verkehrsmitteln Unfreundlichkeit und

sogar Respektlosigkeit an der Tagesordnung sind“, erklärt Sarah.

Diese Idee - sie kam auch bei den anderen Schülern aus Magdeburg und Bad Schildeberg gut an. Der Vorschlag wurde während der Sitzung einstimmig angenommen.

Diskutiert wurde übrigens auch über die Themen: Mehr Demokratie für's Volk und mehr Sport an Schulen.

Bild 15.12.09





IMPRESSUM:

Herausgeber: Der Präsident des Landtages
von Sachsen-Anhalt

Redaktion/Bestelladresse: Landtag von Sachsen-Anhalt,
Ref. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Besucherdienst und Protokoll
Domplatz 6 - 9
39104 Magdeburg

Fon: 0391 | 560 | 1226
Fax: 0391 | 560 | 1123

landtag@lt.sachsen-anhalt.de
www.landtag.sachsen-anhalt.de

Fotos: Klapper – Magdeburg

Gestaltung: signum Halle (Saale)